

Nächste
Redaktion:

ASH-Kreismühle
c/o Jutta Geilrich
6370 Oberursel
Tel.: (06171) 73496

Wandelsblatt

ZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

In der
nächsten
Ausgabe:

Regionalentwick-
lung in Österreich

3.00 DM

Nr. 3/I. Jahrgang Dezember '84

D 8008 E

Alle Jahre wieder...

Liebe Leserinnen



Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freunde, Brüder und Schwestern, Bürgerinnen und Bürger, Landsleute in Ost und West, Leute von Heute...

Wer hätte das gedacht. Wir haben die in Frankfurt auf der Projektmesse beschlossene Konzeption eingehalten. 3 Ausgaben bis zu den Wintertagen, die von 3 eigenverantwortlichen Reaktionsgruppen erstellt worden sind, Schwierigkeiten hat es in erster Linie bei der Einhaltung der festgesetzten Termine gegeben. Hier sei noch mal den Zündsatz Aktivisten (*Geschenke wären mir lieber, der Setzer*) und den Leuten von Caro Druck gedankt, die von den Terminverschiebungen am meisten betroffen waren. Verzählt haben wir uns in Frankfurt, es sind nicht 3 Nummern bis zu den Wintertagen, sondern 4. Die nächste Ausgabe wird wieder in Frankfurt gemacht.

Unsere Finanzplanung sah vor, daß die Vorlaufkosten der ersten 3 Wandelsblätter mit Spenden, Netzwerkdarlehen und -zuschüssen abgedeckt werden sollten. Um einen ausreichenden Abonnentenstamm aufzubauen, der das Zeitungsprojekt ab der 4. Ausgabe wirtschaftlich trägt, haben wir jeweils 4.000 Zeitungen an alle uns bekannten Kollektive, Projekte, Initiativen und Interessierte verschickt. Nach der jetzigen Ausgabe gibt es keine kostenlose Belieferung mehr. Wer das WANDELSBLATT in Zukunft lesen will, muß es auch bezahlen. Ist doch ganz einfach, oder? Leider steht die jetzige Anzahl der Abonnenten in keinem Verhältnis zu der, die wir benötigen, um die monatlich anfallenden Herstellungskosten abzudecken.

Genau 2.400 müssen es sein; hört sich erstmal viel an, ist es aber nicht, wenn man davon weiß, daß die einzelnen Gruppen nicht nur 1 Exemplar

Liebe Leserinnen,

Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freunde, Brüder und Schwestern, Bürgerinnen und Bürger, Landsleute in Ost und West, Leute von Heute...

Wer hätte das gedacht. Wir haben die in Frankfurt auf der Projektmesse beschlossene Konzeption eingehalten. 3 Ausgaben bis zu den Wintertagen, die von 3 eigenverantwortlichen Redaktionsgruppen erstellt worden sind, Schwierigkeiten hat es in erster Linie bei der Einhaltung der festgesetzten Termine gegeben. Hier sei noch mal den Zündsatz Aktivisten (*Geschenke wären mir lieber, der Setzer*) und den Leuten von Caro Druck gedankt, die von den Terminverschiebungen am meisten betroffen waren. Verzählt haben wir uns in Frankfurt, es sind nicht 3 Nummern bis zu den Wintertagen, sondern 4. Die nächste Ausgabe wird wieder in Frankfurt gemacht.

Unsere Finanzplanung sah vor, daß die Vorlaufkosten der ersten 3 Wandelsblätter mit Spenden, Netzwerkdarlehen und -zuschüssen abgedeckt werden sollten. Um einen ausreichenden Abonnentenstamm aufzubauen, der das Zeitungsprojekt ab der 4. Ausgabe wirtschaftlich trägt, haben wir jeweils 4.000 Zeitungen an alle uns bekannten Kollektive, Projekte, Initiativen und Interessierte verschickt. Nach der jetzigen Ausgabe gibt es keine kostenlose Belieferung mehr. Wer das WANDELSBLATT in Zukunft lesen will, muß es auch bezahlen. Ist doch ganz einfach, oder? Leider steht die jetzige Anzahl der Abonnenten in keinem Verhältnis zu der, die wir benötigen, um die monatlich anfallenden Herstellungskosten abzudecken.

Genau 2.400 müssen es sein; hört sich erst mal viel an, ist es aber nicht, wenn man

davon ausgeht, daß die einzelnen Gruppen nicht nur 1 Exemplar für alle abonnieren. "Jedem Kollektivmitglied sein eigenes Wandelsblatt." Wir könnten das Finanzproblem auch lösen, indem jedes Kollektiv 10 Exemplare abonniert, die es dann weiterverkauft. In Zahlen ausgedrückt hieße das, 240 Kollektive können die Existenz der Zeitung sichern. Diese Lösung hätte auch den Vorteil, daß die komplizierte Organisation und die Abrechnerei der Handverkäufer wegfielen. Auch wenn eine Gruppe mal nicht alle Exemplare verkaufen sollte (was bei 10 Stück aber eigentlich kein Problem sein sollte) wird sie keinen großen Verlust davontragen. 10 Abos heißen aufs Jahr gesehen DM 240,-. Mehr ist natürlich noch besser, denkt dran, daß wir die gewährten Darlehen zurückzahlen müssen.

An dieser Stelle möchten wir auch auf die praktischen Spenden verweisen. 2 Kollektive aus Frankfurt, der Blätterwald und die ASH stellen tageweise 2 Leute zur Verfügung, die die Aboverwaltung und den Vertrieb abwickeln.

Wir möchten euch noch darauf hinweisen, daß wir keine Rechnungen für das Wandelsblatt-Abo ausstellen - die Überweisung auf unser Konto gilt als Beleg.

Die Redaktion

Wintertage in Berlin

Wie das alles anfang, im letzten Jahr - weiß eigentlich keiner mehr so genau. Aber plötzlich waren Einladungen rausgeschickt und die Idee, daß man sich mal treffen sollte, um zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen - ohne Messe und anderen Streß - nahm Gestalt an. Obwohl viele Gruppen und Betriebe sich schriftlich angemeldet hatten (wir bitten euch diesmal eindringlich um rechtzeitige und schriftliche Anmeldung), beschlich uns am Abend, bevor es losgehen sollte, ein ganz komisches Gefühl: was, wenn jetzt doch nur 3 Hanseln kommen und wir sitzen da, mit all den Räumen und mit den Bergen von Lebensmitteln. Na ja, die Befürchtungen waren glücklicherweise überflüssig. Ungefähr 200 Leute kamen angereist und natürlich platzten viele Räume aus den Nähten. Das zweite Manko bei den Großveranstaltungen war, daß einige der Themen zu allgemein formuliert waren und zuviel Zeit damit verbraten wurde, erst mal zu klären, worüber man eigentlich genau reden wollte. Nun, wir haben daraus die Konsequenzen gezogen: Morgens wird auch in diesem Jahr Zeit und Raum sein für die Branchentreffen, nachmittags laufen Veranstaltungen parallel, die aufgeteilt sind unter die Oberbegriffe Wirtschaft/Politik/Soziales.

Diskussionsbeiträge zu den einzelnen Arbeitsgruppen findet ihr in dieser Ausgabe des WANDELSBLATTES und in der Januar-Ausgabe. Da wird dann auch der genaue Programmplan abgedruckt sein. Bis Mitte Dezember könnt ihr noch Themen für Arbeitsgruppen, die ihr vorbereiten wollt, an die STATTwerke-Adresse senden.

Als Vorgriff noch ein paar Themen, die wir noch bearbeiten wollen: Eine AG hat die Aussteiger aus der Selbstverwaltung zum Thema. Eine Veranstaltung wird sich - wie es auf der diesjährigen Projektmesse beschlossen wurde - mit der Zukunft des WANDELSBLATTES beschäftigen. Außerdem wollen wir eine Podiumsdiskussion inszenieren, auf der sich drei profilierte Vertreter der Selbstverwaltung einen Streit über den richtigen Weg liefern werden. Für diese Veranstaltung hat sich Gregor vom Mobilien Rhein-Main-Theater zur Verfügung gestellt. Deshalb hegen wir auch den Verdacht, daß es nicht ganz so ernsthaft zugehen wird.

Diskutiert werden soll außerdem unser Verhältnis zu all den Heerscharen von Wissenschaftlern, Beratern und Politsympathisanten, die die Betriebe umschwirren und bisweilen ganz erstaunliche Erkenntnisse über uns verbreiten. Sachdienliche Hinweise in dieser Angelegenheit nehmen wir gern entgegen.

Soweit der Stand der Dinge bis jetzt - ach, und ein Fest wird's natürlich auch geben.

P.S.: Schriftliche Einladungen wie im letzten Jahr gibt es nicht - weil ja alles Notwendige sowieso im WANDELSBLATT steht.

Schwerpunktkasten:

Alles für die Katz

Nach dem geplatzten SPD-Grüne Bündnis ein Rückblick auf die Verhandlungen um die hessische Staatskohle und eine Einschätzung, was für die hessischen Betriebe jetzt noch drin sein könnte.

Ohne Moos nix los

Überlegungen zu einer regionalen Wirtschaftsplanung am Beispiel Berlin-Kreuzberg

AUSSERDEM: ein bißchen was fürs Herz, Ökobankneuigkeiten, Termine und die eine oder andere Bosheit.

Und das schärfste auf der letzten Seite: Die Empörung des Handelsblattes über das WANDELSBLATT. Dazu - was sonst - eine Glosse.

Wintertage '85

Auf den folgenden Seiten sind Beiträge zu verschiedenen Arbeitsgruppen der Berliner Wintertage abgedruckt

Wirtschaftspolitische Ansätze und selbstverwaltete Betriebe / Projekte



Foto: Volker Härtig, Ausstellung Kreuzberger Mischung

Die Grundfragestellung ist doch, wie alternativ-ökonomische Prinzipien in wirtschaftspolitische Handlungsanweisungen fließen können. Dabei ist es vielleicht zunächst ganz hilfreich, sich an historischen Beispielen zu orientieren, wo eine eigenständige Versorgung funktioniert hat. In diesem Zusammenhang sind die Kollektivwirtschaft der Anarchisten während des spanischen Bürgerkriegs und das Freigeldexperiment im österreichischen Wörgl Anfang der dreißiger Jahre zu erwähnen. Während die spanischen Ansätze zur Kollektivierung der Wirtschaft sehr

stark von außen beeinflusst wurden - durch den Bürgerkrieg eben - und von daher in der Übertragbarkeit sehr eingeschränkt sind, soll hier auf das zudem unbekanntere Experiment in Wörgl kurz eingegangen werden. Unter dem "Experiment von Wörgl" ist der etwa einjährige Versuch einer österreichischen Gemeinde gemeint, inmitten der weltweiten Depression Anfang der dreißiger Jahre eine lokale Ökonomie aufzubauen, was sogar die Einführung einer eigenen Währung (in Form von Arbeitsgutscheinen) mit einschloß. Das wirtschaftlich durchaus erfolgreiche Experiment - es gab faktisch keine Arbeitslosigkeit und die Gemeindefinanzen konnten saniert werden - wurde bald auf administrative Wege gestoppt; die österreichische Zentralbank verbot die Arbeitsgutscheine als währungsähnliches Tauschmittel. Immerhin. Dort war es gelungen, in einem relativ beschränkten Rahmen eigene Versorgungskreisläufe zu entwickeln.

Angefangen hatte es damit, daß der Bürgermeister von Wörgl durch die leere Gemeindegasse und hohe Arbeitslosigkeit zu der Idee inspiriert wurde, öffentliche Aufträge zu vergeben und mit Arbeitsgutscheinen zu finanzieren, die dann in den örtlichen Geschäften - anstelle von Geld - eingesetzt werden konnten. Diese Arbeitsgutscheine verloren mit der Zeit an Wert und mußten daher möglichst umgehend eingelöst werden. Das führte dazu, daß zum einen das Konsumieren an den Ort gebunden war und zum anderen das "Geld" nicht gehortet werden konnte. Da die Rücknahme der Arbeitsgutscheine durch die Gemeinde nur sehr schleppend verlief, setzten die Geschäftsleute die Arbeitsgutscheine auch wieder ein. Auf diese Weise entwickelte sich ein zweiter Geldkreislauf, der lokal gebunden und wegen seiner hohen Umlaufgeschwindigkeit letztlich ein reiner Tauschkreislauf war.

Doch was läßt sich aus diesen Erfahrungen lernen? Ein Rückzug der Szene nach Kreuzberg, verbunden mit der Einführung des "Kreuzberg-Dollar" ist wohl keine ernst- zunehmende Alternative. Eine gewisse Modifizierung der Wörgler Ansätze tut not. Wenn das Berliner Stattbuch nicht nur in einem selbstverwalteten Verlag herausgegeben wird, sondern die technische Herstellung - bis auf das Buchbinden - Kollektivbetrieben obliegt, ein linker Buchvertrieb schließlich das Buch in viele linke Hände bringt, dann ist das ein Stück alternativ-ökonomische Infrastruktur. Ähnliche Infrastrukturentwicklungen gibt es in der Baubranche. So bilden sich zur Zeit Hausgemeinschaften, die gemeinsam einen sanierungsbedürftigen Altbau erwerben, ein Planerkollektiv mit der Bauplanung und -leitung und Baukollektive mit der Ausführung beauftragen. Die Baukollektive untereinander wiederum überlegen, ihre Materialbeschaffung neu zu organisieren, sprich: einen genossenschaftlichen Großhandel zu gründen.

Es lassen sich durchaus noch andere Ansätze aufzählen, allerdings muß einschränkend gesagt werden, daß es noch keine regelrechte "Kooperationsbewegung" gibt und schon existierende Kooperationen lediglich als Orientierungspunkte von Bedeutung sind. Unabhängig von den Beziehungen zwischen Produktions- und Handelsbetrieben ließen sich ebenso nützliche wie sinnvolle Ansätze entwickeln um das Verhältnis von Konsumenten zu Produzenten/Händlern zu verbessern. Die Food-Coops seien hier als

beispielhafter Ansatz erwähnt. Gelänge es, die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs (einschließlich sozialer und kultureller Dienstleistungen) in Kollektivbetrieben herzustellen und zu vertreiben, eigene Finanzierungskreisläufe aufzubauen, Häuser und Grundstücke zu erwerben (und dieses Grundkapital zu neutralisieren), schließlich eigene Versicherungs- und Solidaritätsfonds zu entwickeln, dann wären die wichtigsten ökonomischen Aktivitäten "kollektiviert". Ähnlich wie beim Wörgler Experiment wäre zu überlegen, wie es gelingen kann, ein zu Kollektivbetrieben orientiertes Konsumverhalten zu fördern. Das gilt auch für Geschäfte unter Betrieben und Projekten der Szene. Denkbar wäre zum Beispiel ein Rabattkarten- oder Gutscheinsystem, das den Geldverkehr zwar nicht völlig ersetzt, jedoch über das Instrument der Geldnachlässe ähnliche Effekte wie die Arbeitsgutscheine in Wörgl bewirkt.

Das könnte damit anfangen, daß Kollektivarbeit nicht ausschließlich in Geld bezahlt wird, sondern zum Teil in Rabattgutscheinen, die beim Einkauf in alternativen Läden Preise reduzieren, und könnte damit enden, daß private Kreditgeber Zinsen (in Höhe der Inflationsrate) nicht in Geld erhalten, sondern in Gutscheinen. Letzteres wird übrigens von einzelnen Projekten schon praktiziert. Die Wirkungen liegen auf der Hand: Umsatzankurbelung bei geringerem Geldbedarf. Natürlich sind auch bei uns - im Falle des Erfolges eines solchen Systems - administrative Maßnahmen zu erwarten. Schließlich hat die ganze Geschichte nicht nur währungspolitische Auswirkungen, sondern auch wettbewerbspolitische, die den Zorn aufmerksamer Bürokraten mit Sicherheit auf sich ziehen. Doch dem ließe sich entweder über eine genossenschaftliche Organisationsstruktur (Einkaufs- und Vertriebsgenossenschaften, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften u.ä.) oder auch über das parlamentarische Stand-Spiel-Bein "Die Grünen" entgegenwirken. Größere Probleme bereitet wohl die praktische Umsetzung und die solidarische Auseinandersetzung um die Form.

Aber hier soll kein in allen Details ausdiskutiertes Konzept gegenökonomischer Strategie vorgestellt werden: Vielmehr geht es darum, Tendenzen aufzuzeigen, die eine Weiterentwicklung der Betriebs- und Projekteszene ermöglichen und weder Vereinnahmung durch das "System" bedeuten noch Rückfall ins Ghetto. Eine alternativ-ökonomische Infrastruktur ist nur dann effektiv bzw. verändernd, wenn sie in Beziehung zu den gesamtgesellschaftlichen Strukturen steht und eine eigene Position behaupten kann. Es wäre fatal, wenn die Vernetzung der Projekte untereinander dazu führen würde, daß es in Berlin neben dem "anti-imperialistischen Schutzwall" aus Beton auch noch eine "antikapitalistische Freizone" gäbe, die völlig abgekoppelt von der Außenwelt sich selbst überlassen ist.

Ein anderes Beispiel einer alternativ-ökonomischen Utopie wäre eine eigene Altersversicherung. Diese Altersversorgung sollte durchaus als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung aufgebaut werden. Ein völliges Ausklinken aus dem Sozialversicherungssystem ist unter Kosten-Nutzen-Überlegungen erstmal nicht zu empfehlen, das heißt, die Beteiligung zum Minimalsatz an der Sozialversicherung ist in

den meisten Fällen durchaus sinnvoll. Der Aufbau einer alternativen Rentenversicherung (bzw. "Grünen Ersatzkasse") im Krankenkassenwesen hätte nicht nur den Vorteil, die kärgliche, gesetzliche Rente aufzustocken. Über die in diesen Fond eingezahlten Gelder ließen sich auch Hauskäufe realisieren, um autonome Wohn- und Arbeitsbereiche zu schaffen. Das hätte auch Konsequenzen für die Form als Altersrente. So könnte sich aus der zwanzigjährigen Einzahlung in diesen Rentenfond nicht zwangsläufig ein Anspruch auf eine monatliche Zusatzrente ergeben, sondern zum Beispiel ein kostenloses Wohnrecht in den dem Fond zugehörigen Häusern. Dazu wäre allerdings eine eigene Infrastruktur im Finanzierungsbereich und Immobiliensektor notwendig. Letztlich läßt sich nur eins festhalten: bis zur Umsetzung stehen noch einige Diskussionen und Auseinandersetzungen an...

Das ist natürlich kein in sich geschlossenes, wirtschaftspolitisches Konzept, vielmehr ein Ansatz, die wirtschaftspolitische Diskussion zu eröffnen.

Michael Makowski

67,5 Millionen für Berliner Alternativprojekte!

Eigentlich ist eine solche Forderung nichts besonderes mehr. Sie ist genausowenig spektakulär, wie durchsetzungsfähig. Aber ein publizistischer Gag. Aber spinnen wir doch mal an solch einem Gag herum.

Die Begründung für die Höhe der Summe ist schnell herbeigeholt. Ca. 9,75 Mrd. DM fließen jährlich an Bundessubventionen in unsere Mauerstadt. Dort gibt es insgesamt 825.000 Beschäftigte. Erklärte man den alternativen Sektor ganz dreist als autonomen Wirtschaftsbereich, dann wäre wohl eine berechnete Forderung, einen entsprechenden Anteil gemäß den Arbeitsplätzen dort (etwa 0,6 %) zu beanspruchen, eben 67,5 Mio. DM.

Nehmen wir weiter an, der Berliner Senat sieht diesen Abtretungsanspruch ein und überläßt der Szene das Geld - in Selbstverwaltung natürlich. Auf den Hickhack um die Verteilung der Millionen wollen wir nicht weiter eingehen, sondern nehmen optimistischer Weise an, daß sich ein Modus findet, der alle Interessen berücksichtigt und sich auch eine "alternative" Subventionsmentalität - im Gegensatz zum bürgerlichen Abzocken - durchsetzt.

Ausgangslage ist, daß jährlich 67,5 Mio DM in den Alternativ-Fond fließen und zwar mindestens für die Dauer von einer Legislaturperiode - also vier Jahre lang. Die Vergabe regelt ein Projektrat, der vom BPBP (Berliner Projekte- und Betriebs-Plenum) gewählt wird und jährlich rotiert (im formalen Sinne). Das weitere Ausspinnen der demokratischen Strukturen dieses Fonds, von Bezirksdeligiertenkonferenzen über Branchenräte bis zu politischen Kontrollgremien und wissenschaftlichen Begleitern sei dem/der Leser/Leserin überlassen.

Die erste Grundsatzentscheidung, die gefällt wird, ist, daß lediglich 25 % der Summe als verlorene Zuschüsse vergeben werden und 75 % auf Darlehensbasis. Die Darlehen werden zu einem Zinssatz von 5 % herausgegeben. Die Zinserlöse werden dazu verwendet, weitere Zuschußbeträge bereitzustellen. Von diesem Zuschußtopf geht ein Teil für Infrastrukturmaßnahmen drauf (Marktforschung, Produktentwicklung), ein Teil für Starthilfen und ein Teil für die Dauerfinanzierung von sozialen Projekten. Nach dem 4. Jahr - der Subventionshahn wird nun zugedreht - wäre ein Kreditvolumen von 200 Mio DM zusammen, was bereits Zinserträge von 10 Mio DM verheißt.

Und wenn der Projektrat nicht gestorben ist, bzw. ausrotiert hat. .. Was entscheidend ist an diesem Szenario, ist der Umgang mit Subventionen. Sind Subventionen überhaupt ein akzeptables Instrument von Wirtschaftspolitik? Sind Subventionen nur als verlorene Zuschüsse wünschenswert oder auch als zinsgünstige Darlehen mit ebenso günstigen Sicherheitsbedingungen? Letztlich liegt es auch hier

an uns, neue Maßstäbe zu setzen.

Michael

Stadtteilnahe Wirtschaftspolitik

I Ziele

Wirtschaftspolitisches Oberziel ist die Förderung des "kooperativen Wirtschaftens" zwischen kleinen und Kleinstbetrieben. Dabei kann es nicht nur darum gehen, dies auf selbstverwaltete Betriebe zu beschränken, vielmehr sind kooperationswillige - mehr traditionell ausgerichtete - Betriebe mit einzubeziehen.

Kleinteilige Gewerbestrukturen sollen gestützt und ausgeweitet werden, arbeitsintensive Sektoren gegenüber kapitalintensiven bevorzugt werden.

Initiativen zu Neugründungen von Betrieben sind an den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung (des Stadtteils) und dem Qualifikationsniveau der Arbeitslosen auszurichten.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen nicht zu einer permanenten Staatsintervention führen, sondern im Sinne von "Hilfe zur Selbsthilfe" Projekte anschieben und unterstützen.

Bei aller Regionalität sind auch Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftskreislauf des Stadtteils und der Gesamtwirtschaftslage zu berücksichtigen.

II Umsetzung

Ein erster Schritt zur Organisierung regionaler Wirtschaftsstrukturen ist der Aufbau einer Koordinationsstelle (Gewerbeladen). Dort sollte eine

Bestandtaufnahme der Betriebe im Stadtteil gemacht werden und entsprechendes Branchen-Know-How konzentriert werden. Hier können sich Gewerbetreibende mit Interessen, Problemen usw. hinwenden, kann eine Gewerbeflächen- und Maschinenbörse eingerichtet werden. Schließlich soll diese Stelle die gegenseitige Kontaktaufnahme der Betriebe untereinander erleichtern.

Von hieraus können Marktuntersuchungen und Branchenanalysen in Auftrag gegeben werden. Weitere Aufgaben dieser Stelle wären, einen gegenseitigen

Erfahrungsaustausch von Betrieben zu organisieren und auch Schulungsveranstaltungen anzubieten.

III Thesen

Gibt es überhaupt eine regionale Wirtschaftspolitik, die sich unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage entfalten kann?

Ist Wirtschaftspolitik letztendlich nicht immer ein Instrument zur Durchsetzung rein wirtschaftlicher Interessen?

Führt die Organisation der Betriebe in einem Stadtteil nicht zu einer neuen Ständevertretung mit Zunftcharakter?

Ohne Moos nix los – oder wie – oder doch?

So wichtig die Diskussion um "Staatsknete" auch sein mag, ein bißchen wenig ist's ja schon, was man dem Staatsapparat da abtrotzen will... Ich will anhand einiger Überlegungen aus Kollektiven, die im Bausektor engagiert sind, einmal darlegen, wie mögliche konkrete Forderungen in diesem Bereich aussehen könnten. Der Bausektor (zumindest in Berlin) ist nun auch ein im wesentlichen über den Staat organisierter Bereich, Forderungen an den Staat sind also sowohl Forderungen an den Finanzier, den Kunden wie an die normbildende Gewalt (in Form der diversen Bauvorschriften, Leistungsnormen, bautechnischen Vorgaben etc.). Das macht die Sache natürlich ein wenig einfacher als in anderen Bereichen. Sei's drum.

Grundlage unserer Überlegungen ist die simple Tatsache, daß man keine Veränderungen anstreben kann, die nur den Kollektivbetrieben dienen, sondern solche, die einer dezentralen, kleinteiligen Produktion generell helfen (also u.U. auch dem patriarchalischen, ausbeuterischen Kleinunternehmer oder Handwerksmeister klassischer Prägung). Es geht also um die Zurückdrängung von industrieller Großproduktion in all den Bereichen, in denen

- der großtechnisch organisierte Produktionsprozeß den Wert menschlicher Arbeit immer mehr drückt,
- das seriell erzeugte Produkt einem handwerklich oder zumindest kleinteilig erzeugten Produkt unterlegen ist (sei es aus schlechterem Material, sei es aus produktionstechnischen Gründen schlechter gearbeitet, sei es...)
- die Versorgung mit bestimmten Gütern durch die Abschaffung der Großproduktion nicht auf lange Sicht stark behindert wird - also konkret: Wir wollen keine Reißverschlüsse in Einzelanfertigung herstellen, denken aber, daß das Gut, Wohnung oder Haus besser kleinteilig hergestellt werden sollte.

Gucken wir uns doch einfach mal die Wohnungen an, in denen wir leben (oder zumindest leben möchten). Das sind doch nicht die berühmten neuen Siedlungen der 20er Jahre, gebaut von weltbekannten, oftmals der Linken nahestehenden Architekten. Die wollten der Mietskasernenstadt des 19. Jahrhunderts mit ihren Hinterhöfen und dem "gesundheitsschädlichen" Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen die grüne oder auch weiße moderne, "gesunde" Wohnstadt entgegenstellen. Um die Mieter von ihren halsabschneiderischen Vermietern zu befreien, wurden als Bauträger gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften etc. gegründet, um die Baukosten zu senken, wurde das Bauen industrialisiert (Vorfertigung, Standardisierung, große Bauabschnitte). Um die Mieten niedrig zu halten, wurden die Grundrisse ökonomisiert, "unnütze" Ecken und

Winkel gab es nicht mehr, "zu hohe" Räume auch nicht. Und das Ende vom Lied?

Siehe oben: Diejenigen, die den linken Architekten und Sozialreformern der 20er Jahre politisch am nächsten stehen, ziehen lieber in die ein bißchen chaotisch organisierten, nicht zentralbeheizten, zu groß, zu hoch, manchmal geradezu pompös verzierten Wohnungen des 19. Jahrhundert-Bürgerturms oder sogar noch in dessen Fabriken. Diese Häuser sind handwerkliche Einzelprodukte, hochgetragen auf den Schultern der Hucker, gemauert, gefliest, mit Dächern versehen, verputzt und von Bauhandwerkern, nicht von Industriearbeitern und großen Maschinen. Das wirkte sich in der baulichen, aber auch in der ästhetischen Qualität der Häuser überwiegend positiv aus.

Der zweite Grund für die Großzügigkeit und wohnliche Individualität der Bürgerhäuser des 19. Jahrhunderts liegt natürlich in der anderen Eigentümerstruktur: Der typische Hauseigentümer war der Bürger oder hochgekommene Handwerksmeister, der sein Kapital zwecks Altersversorgung ins eigene Haus steckte. Und da er dort auch wohnte, besaß er ein konkretes Interesse an repräsentativer Anlage und guter baulicher Durchführung. So wurde zumindest das Vorderhaus nicht unter rein ökonomischen Gesichtspunkten errichtet. Anders sah es dann bei den Hinterhäusern aus, die die Masse brachten. Hier wurde dann sowohl mit den Quadratmetern wie auch mit den Standards, der Durchführung etc. geknautscht.

Kurz und gut, im Hausbau war die Qualität der Einzelfertigung der seriellen Produktion überlegen, das Handwerk war durchaus in der Lage, den Wohnungsbaubedarf der expandierenden Industriestädte des 19. Jahrhunderts zu decken und hatte dabei eine wichtigere Position im Produktionsablauf "Bauen" als die von Architekten und Bauleitern an der kurzen Leine gehaltenen Bauwerker von heute.

Das sollte beim Folgenden im Auge gehalten werden. Denn wie ist es heute? Nehmen wir die Bautischlerei. Bei der Ausschreibung für die Fenster eines Neubaus wird immer die große Fensterfabrik mit ihren standardisierten Isolierglasfenstern die niedrigsten Angebote abgeben. Spezialisiert auf bestimmte Profile und Größenordnungen, ausgerüstet mit automatisch gesteuerten Produktionsstraßen und kapitalkräftig genug, auch mal ein zeitlang Dumpingpreise zu machen, sind sie bei der gängigen Ausschreibung allen Kleinen erst einmal überlegen. Denn diese haben zuerst einmal zu klären, ob sie die angefragten Volumen überhaupt in der geforderten Zeit schaffen und wenn ja, unter welchen Bedingungen (da sie eben nicht über die "Fensterstraße" verfügen). Allein eine Verkleinerung der Volumen bei den Ausschreibungen der Baugesellschaften würde den Wettbewerbsvorteil "Großserienfertigung" wenigstens ein wenig einschränken und es vielen Kleinen

überhaupt erst erlauben, an solchen Ausschreibungen teilzunehmen. Auf den ersten Blick mag dieser Überlegung etwas rückwärtsgewandtes, protektionistisches anhaften, eine auf Handwerkerinteressen beschränkte Blickweise mit zwangsläufig höheren Baukosten. Dazu erst mal eins: Die hohen Baukosten (die umgerechnet zu einer Kostenmiete von 25 -30 Mark im Monat führen), sind weniger das Ergebnis überhöhter Gestehungskosten als vielmehr der hohen Kapitalkosten für die Baufinanzierung. Es verdienen also sowieso mehr die Banken als die Produzenten.

Zum zweiten müßte erst einmal geklärt werden, ob die billigen Industriefenster auch in der Abschlußbilanz nach 25 Jahren noch billiger sind als handwerklich hergestellte Fenster: die sozialen Folgekosten, die sich aus der Dequalifikation des tischlernden Maschinenarbeiters, der gemessen am Umsatz geringen Beschäftigungszahl der Fensterindustrie gegenüber dem Handwerk, dem immanenten Zwang zur permanenten Auslastung der teuren Maschinen ergeben. Da sind weiterhin die ökologischen Probleme.

Viele Kollektive nehmen lieber (einigermaßen) einwandfreie Oberflächenschutzmittel, die teurer sind und verschlechtern damit ihren Gewinn, als so lange wie möglich bei den alten giftigen Verfahren zu bleiben. Dann die Materialien: Das gern verwendete Plastik, in seiner ökologischen Gefährlichkeit noch gar nicht voll einschätzbar, ist ein nach seiner „Umformung“ kaum oder nur bei Zerstörung seiner inneren Struktur nachzubearbeitender Werkstoff. Ein Holzfenster, das sich gesenkt hat, kann nachgehobelt werden, ein hölzerner Wasserschenkel kann ausgetauscht werden, etc. Oder Aluminium, in der Großfertigung gerne eingesetzt: Mit enormem Energieaufwand erschmolzen, von hoher

Wärmeleitfähigkeit, also energetisch denkbar ungeeignet. Das normale Kastendoppelfenster aus Holz dagegen hat eine Wärme- und Schallisolierfähigkeit, die der von Isofenstern einfach überlegen ist. Das Holzfenster mit seinen dünneren Profilen erlaubt darüber hinaus eine weit größere ästhetische Gestaltungsmöglichkeit als das grobschlächlige Isofenster (das pro qm Fensterfläche auch noch weniger Licht durchläßt und über dessen Alterungsbeständigkeit man noch recht wenig weiß).

Um nicht in den Verdacht zu kommen, der deutsche Holzlobby anzugehören: Es gibt natürlich bei allen Werkstoffen auch Vorteile, nur sollte man genau prüfen, ob die durch sie erwarteten kurzfristigen Preisvorteile nicht langfristig in ihr genaues Gegenteil umschlagen (man denke nur an den Beton der deutschen Autobahnbrücken).

Muß beim Neubau die Abwägung noch gemacht werden, so scheinen mir bei der Instandsetzung und Modernisierung von Altbausubstanz die Verhältnisse eigentlich geklärt. Was einmal handwerklich erzeugt wurde, soll auch handwerklich erneuert oder ersetzt werden. Das gebietet nicht nur die Achtung vor einmal sorgfältig gebauten Dingen, sondern auch die (vorausschauende) Ökonomie. Schließlich haben die alten Häuser, die alten Türen und Fenster etc. ein vielfaches mehr an Belastungen gut ausgehalten, als die uns heute bekannten neuen industriellen Produkte.

Uwe

Qualitatives Wachstum - ein Ausweg aus der Krise?

Ende November fand in der DGB-Bundesschule in Hattingen/Ruhr das sogenannte "2. Hattinger Forum" statt.

Manfred, blätterwald, modellfabrik weisskirchen - Dabei suchte der DGB das Gespräch mit verschiedenen Wirtschaftswissenschaftlern sowie Vertretern aller relevanten Parteien, wie wohl aus den verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kreisen, wie bspw. Massenarbeitslosigkeit, ökologische Krise, Enthumanisierung der Arbeit durch technischen Fortschritt usw. ein Ausweg gefunden werden könnte.

Wie im Thema schon zum Ausdruck kommt, sieht der DGB u.a. in einem "Qualitativen Wachstum" einen möglichen Ausweg aus den Krisen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, über einzelne Teilaspekte und Inhalte dieser Theorie sich die Finger wund zu schreiben; es würden nur meist sehr wachsweiße und ungreifbar-abgehobene Thesen herauskommen.

Einen Teilaspekt möchte ich an dieser Stelle jedoch genauer beschreiben. In allen Diskussionen tauchte, egal ob nun von Parteivertretern, Wirtschaftswissenschaftlern oder DGB-Spitzenfunktionären, immer wieder die Beschwörung auf, man sollte dem alternativen Sektor mehr Beachtung schenken, bzw. unterstützen.

Ein Teil der Diskussionsteilnehmer predigte dieses im Zusammenhang mit der Frage, ob die politische Relevanz der Gewerkschaften wohl verstärkt werden kann, indem mehr gewerkschaftlicher Einfluß in dem Alternativsektor, oft auch "Schattenwirtschaft" oder "Schmutzkonzurrenz" genannt, erzielt wird.

In diesem Zusammenhang halte ich das Schielen auf den Selbstverwaltungssektor mehr für eine Legitimation oder eine Art Feigenblattfunktion, da die Gewerkschaften in meinen Augen selbst in einem Zustand der Ratlosigkeit stecken.

Oft wurde dies auch an den Stellen deutlich, wo um Begriffe wie z.B. "humanere Arbeit" oder "sinnvolle Produkte" nicht inhaltlich diskutiert wurde, sondern eher nach dem Motto "besser die Gewerkschaften besetzen neue Begriffe als bankrotte Betriebe" (ironisches, aber sehr treffendes Originalzitat eines Teilnehmers).

Diesen Teilnehmer würde ich zu einer Gruppe Gewerkschaftern zählen die den Kontakt zu den Alternativprojekten in anderem Zusammenhang suchen. Nach deren Auffassung muß der Alternativsektor mehr als Impulsgeber für gesellschaftliche Veränderungen ernstgenommen werden. "Von denen können wir nur etwas lernen", hörte ich immer wieder aus dieser Ecke; ich glaube, daß dies auch ehrlich gemeint war.

Und genau hier liegt in meinen Augen ein wichtiger Ansatzpunkt, in den Dialog mit den Gewerkschaften zu treten, die ähnliche oder gleiche Vorstellungen im Kopf haben, wie beispielsweise eine humanere Arbeitswelt im Sinne von sinnvoller und nicht entfremdeter Arbeit und wie menschlichere Arbeitsplätze erzielt werden können.

Auch bei Überlegungen, wie wohl die Produkte und Produktionsverfahren umwelt- und menschenfreundlicher werden könnten, sind Gemeinsamkeiten festzustellen.

In diesem Dialog mit den "Fortschrittlichen" der Gewerkschaftsbewegung (oder vielleicht Gewerkschafts"un"bewegung?) müßte jedoch eins klar gestellt werden: Bei allen Beiträgen, man müßte den Alternativsektor ernstnehmen und unterstützen, wurde einhellig vertreten, daß vor allem kulturelle und soziale Impulse gesetzt werden aber ökonomisch gesehen keine Relevanz zu erkennen sei. Ich frage mich, warum immer wieder von einer ökonomischen Irrelevanz gesprochen wird. Gerade ökonomisch muß und wird der Selbstverwaltungssektor ein immer größeres Gebiet bekommen.

Je größer nun die ökonomische Gewichtung wird, desto eher werden für uns schon wichtige Werte auch in größeren Zusammenhängen (wie z.B. mit Gewerkschaftern) diskutiert und rücken somit stärker in das gesellschaftliche Bewußtsein.

Für uns wichtige Werte sind u.a. - unsere positiven Erfahrungen bei der Entkoppelung von quantifizierbarer Leistung und Lohn, sowie die Frage nach Art und Höhe der Entlohnung (wenn beispielsweise eine Kindergruppe oder ein Kulturbetrieb von uns als Betrieb aufgebaut und genutzt wird, ist das nicht auch eine Art von Entlohnung?)

- ☞ keine Hierarchie, die aus den Eigenkapitalverhältnissen abgeleitet wird
- ☞ Entkoppelung der Eigentumsfrage von der Verfügbarkeit über die Produktionsmittel (Kapitalneutralisierung)

Neben dieser "Wertediskussion" muß versucht werden, das Prinzip der Selbstverwaltung auf größere betriebliche Zusammenhänge auszudehnen, um eigene übertragbare Erfahrungen zu machen, um in den Diskussionen mit Gewerkschaftern, die die klein- bis mittelständigen Ökonomien offensichtlich nicht als gesellschaftsrelevant ansehen, in Zukunft nicht aus dem hohlen Bauch argumentieren zu müssen.

Gerade dann kann eine solche Diskussion für beide Teile fruchtbar sein.

Es muß herausgefunden werden, bis zu welcher Größe einer Betriebseinheit die Selbstverwaltung sinnvoll praktizierbar ist, und wie Kommunikationszusammenhänge zwischen den verschiedenen Betriebseinheiten effektiv und dauerhaft funktionstüchtig aufgebaut werden können.

Für Überlegungen in diese Richtung sind sicherlich auch die Erfahrungen wichtig, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren während ihrer Entwicklung zum Zweiklassensystem - hier die Basis und da die Funktionäre - gemacht haben, um solche Entwicklungen nicht wiederholen zu müssen.

Dabei könnten durchaus auch die Gewerkschaften lernen, die Kluft zwischen Basis und Funktionsapparat zu überwinden.

Die erste Million voll: Und wie weiter?

Nach einem Jahr Kreditvermittlung haben wir es jetzt endlich geschafft. 1.000.000 DM sind in selbstverwaltete Betriebe geflossen. Schon im Frühjahr hatten wir Kreditangebote in der Höhe zusammen - es hat dann aber noch über ein halbes Jahr gedauert, bis dieser Betrag auch auf den Konten der Betriebe gelandet ist. Weitere 300.000 DM sind noch auf unserem Treuhandkonto zwischengelagert - dem stehen Kreditgesuche von 600.000 DM gegenüber. Also private Geldgeber sind weiterhin sehr gefragt. Neue Projekte werden bis Anfang 1985 nicht mehr bearbeitet.

Nun sind wir dabei, den Aufbau regionaler Kreditvermittlungsstellen zu unterstützen und ein (fast) flächendeckendes Finanzierungsnetz aufzubauen. Eine erhebliche Ausdehnung der Kreditgeberschar erwarten wir mit der Einrichtung der Haftungsassoziation - Bürgerschaftsbank für selbstverwaltete Betriebe (nun endgültig für Anfang 1985 projektiert). Dann dürfte auch die psychologische Hemmschwelle, im schlimmsten aller Fälle, sein Geld evtl. auch selbst eintreiben zu müssen, wegfallen.

Sicherlich ist die Kreditvermittlung nicht der Weisheit letzter (Finanzierungs-)schluß, aber für kleine Kredite (bis 25.000 DM) meistens eine sehr gute Sache und konkurrenzlos zum Bankkredit. Über 100.000 DM wird es dann sehr langwierig und für die wenigsten Projekte praktikabel. Also: Die Kreditvermittlung geht weiter, weniger euphorisch, aber gezielt ausgerichtet, die Möglichkeiten dieses Instrumentes voll auszuschöpfen und mit anderen Modellen zu kombinieren.

M.M.

Wandelsblatt empört:

Kollektive werden immer kämpferischer

Dieser Beitrag ist nicht ganz fertig geworden. Wir veröffentlichen ihn dennoch, weil wir keine Lust haben, auf den Wintertagen als "die Nörgler" aufzutreten, diejenigen, die wieder mal herziehen über die Ökobankfreaks; über die Betriebe, die sich um die Staatsknete raufen oder die Kollektivisten, die vor lauter Arbeit im eigenen Saft schmoren...

Wir, das sind Leute, die sich aus Besetzerzeiten kennen und schon länger in Kollektiven arbeiten. Aus einer gemeinsamen Unzufriedenheit darüber, daß viele Alternativbetriebe schwammiger und immer mehr mit "sich Einrichten" zu tun haben, haben wir uns ein paar Mal getroffen. Wir wollten rauskriegen, wie wir unsere Kritik positiv ausdrücken können; was stellen wir uns heute noch unter "kämpfenden Kollektiven" vor, die mehr sind als mäßig bezahlte Arbeitsplätze mit mittelmäßigem Kollektivfeeling?

Dies ist ein Anfang dazu. Auf den Wintertagen möchten wir uns gerne mit anderen Kollektivisten zusammensetzen, denen es ähnlich geht, um hieran weiterzureden...

Ja, Ja, Ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt...

Ein neuer Menschentypus ist in der letzten Zeit geboren worden: so jung und dynamisch wie andere - aber halt alternativ (warum produziert dann niemand Jute-Köfferchen?).

Seine Aufgabe ist schwierig: er berät und gründet, hilft aus, weiß Bescheid, er forscht und vernetzt - und organisiert: Tagungen, Treffen, Seminare.

Und er erklärt: insbesondere den Fremden (Ausländern, Internationalen besonders, Politikern, Geldgebern), daß und welche Bedeutung wir haben.

Aber leider hat er auch ein Problem: es gibt zuwenig Nachfrage nach qualifizierten Vernetzern. Das wird besonders bei Treffen zwischen Kollektiven, Betrieben usw. deutlich: manchmal haben die Kollektivisten neuen Typs schon die Mehrheit, weil die "normalen Kollektiv-Leute" wegbleiben.

Die nun wiederum bleiben nicht nur weg, sondern sie beklagen sich auch: keiner sagt ihnen was, warum werden sie nicht einbezogen, die Macher machen immer alles. Und: wir Kleinen arbeiten fleißig in unseren Betrieben, an der Basis - und die da oben kunkeln mit den Politikern und Reichen.

Wir halten das für Quatsch. Es stimmt schlichtweg nicht, daß die Macher die "Reformisten" sind, die die "eigentlich radikale" Alternativbewegung in ein falsches Fahrwasser steuert.

"Wir Kleinen arbeiten fleißig an der Basis..."

Der Alltag des/r Kollektivist/in/en sieht etwa so aus: neben den normalen "Schichten" gibts die Zusatzschichten (weil was aufzuholen ist, was nicht geklappt hat, jemand krank ist ...) und das Vor- und Nacharbeiten (wegen Wegfahren, Urlaub, usw.). Dann gibt's die Treffen: eigenes Kollektiv, Sondersitzungen wegen Krisen regelmäßig, einschließlich Selbstverständnisdiskussion = was sind eigentlich unsere Ansprüche; Ergebnis: vertagt zum nächsten Mal, Koordination mit anderen Betrieben der gleichen Branche, Sondertreffen mit anderen Kollektiven wegen besonderen Aktivitäten (Volksbefragung, Gorleben, Friedens-Aktivitäten, Räumungen...). In der Regel wird dieser ordentliche Alltag öfters durchbrochen: Irgendein Polit-Mensch schlägt vor, sich mit einer Sonderschicht für Nicaragua zu befassen, wenn ein Kollektiv-Mitglied seinen Austritt ankündigt ("Keiner kümmert sich ernsthaft um mich, wann ichs mal brauche"), gleichzeitig die ökonomische Grundlage des Betriebs unvorhergesehen ins Wanken gerät und Freund/innen/e und Wohn-Genossen über den Sinn (der Beziehung, des Zusammenwohnens) ankündigen/ durchsetzen .

Dies sollte der Zeitpunkt sein, an dem die Einladung zur Projektmesse, zu den Wintertagen usw. eintreffen - und sollte ein Unerfahrener andeuten, daß er irgendwas davon nicht völlig blöd findet, so wird er dahin geschickt - und zum nächsten Treffen aus, und zum nächsten. ..na ja, es kann Monate und Jahre dauern, bis daraus der Kollektivist Neuen Typs wird.

Ein Knackpunkt:

Arbeit und Ersticken in 1.000 Ansprüchen

Oder allgemeiner: wenn wir es nicht schaffen, uns weniger von der Arbeit und den 1.000 Ansprüchen auffressen zu lassen (wir wollen jederzeit die Vorteile des selbstbestimmten Arbeitens ohne die Trennung von Lieben und Lachen und in ausschließlich produktiven Konflikten hier, sofort, mit allen gemeinsam konkret sinnlich erfahren), dann bleibt das weiter Quelle voll Resignation, Zurück-Stecken, Nicht-mehr können. Wenn wir gegen die Verbürgerlichungstendenzen in der Alternativbewegung angehen wollen: hier ist der Kern, den wir knacken müssen.

Na ja, und dafür sind Tagungen und Seminare kaum geeignet, das ist eher was für ruhige Gespräche, ohne Tagesordnung, ohne Streß und Termine - im bürgerlichen Leben nennt man das Urlaub (neuerdings: workshop).

Vorschlag: machen wir doch mit vielen Leuten aus Kollektiven mit MinimaI-Organisation das, was wir sonst eh alleine machen: Urlaub mit Möglichkeit, mit anderen über Kollektiv-Alltag zu reden: außer dem Jammern wird's ja auch ein paar neue, duftige Erfahrungen zu hören geben.

Kritik an der Alternativbewegung

Viele Freunde von uns arbeiten bewußt nicht in Kollektiven.. Sie meinen, daß die Alternativbewegung insgesamt einen falschen Weg geht. Vieles von dem, was sie kritisieren, halten wir für richtig: Sie gehen wie wir davon aus, daß eine radikale gesellschaftliche Veränderung die einzige sinnvolle "Alternative" ist.

Der Absolutheitsanspruch der Kritiker aber macht uns skeptisch, und ihre Praxis ist auch nicht so, daß wir uns ihnen begeistert anschließen möchten.

Wir halten es für spannend, uns auf den Wintertagen öffentlich mit den unterschiedlichen Strömungen auseinanderzusetzen - oder wenigstens, als ersten Schritt, sie zur Kenntnis zu nehmen. Wir denken an folgende Gruppen:

Jobbergruppen (z.B. Karlsruher Stadtzeitung), Autonomieredaktion Hamburg, aktive Linksgewerkschafter, Autonome aus SO 36.

Kernpunkte der einzelnen Kritiken sind folgende:

- ☞ Kollektive stehen als Kleinunternehmer nicht im Klassenkampf und fallen oft hinter die erkämpften Forderungen der Gewerkschaften zurück, z.B. in Form von Lohndrückerei, Selbstausbeutung, schlechte soziale-materielle Absicherung die Kollektive bauen ihre eigene "Müswelt" auf, konzentrieren ihre gesamte Energie auf ihr Projekt und vergessen alles weitere um sie herum - Kollektive erfüllen zum Teil "unbewußt" die sozialdemokratische Integrationsstrategie, indem sie z.B. arbeitslose Jugendliche mit minderbezahlter Arbeit volldeckt und sie sozusagen ruhigstellt, gehen somit dem Sozialabbau auf den Leim und betreiben gleichzeitig Sozialklempnerei.
- ☞ Eine weitere Kritik besteht an: "Arbeit als Lebensinhalt" , was die Kollektive, wie Jobber- und Arbeitslosengruppen und Linksgewerkschafter eint. Der Ansatz vieler "Autonomen" dabei ist, hier und heute möglichst gar nicht zu arbeiten, da es im Grunde genommen selbstbestimmte, nicht entfremdete Arbeit nicht geben kann, solange es keine befreite Gesellschaft gibt, also entlang der Parole "Kampf der Arbeit".

Obwohl wir eben viele Momente der Kritik teilen, arbeiten wir trotzdem weiter in Kollektiven: unsere Gründe dafür werden wir in dieser Veranstaltung einbringen.

Die ersten Kollektive... -- und heute?

Die ersten Kollektive haben sich in der 68er Bewegung herausgebildet: unsere Alt-Kollegen wollten zweierlei:

- ☞ in eigenen Arbeitsbereichen die alte Arbeitsteilung der bürgerlichen Gesellschaft aufheben: Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Trennung nach Entlohnungsgruppen, Trennung von Männer- und Frauenarbeit, von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Hierarchien der unterschiedlichen Art, und
- ☞ die Vorstellung von tatsächlichen Veränderungen nicht auf die Zeit nach "der

Revolution" verschieben, sondern all das vorwegnehmen und ausprobieren, was gesamtgesellschaftlich erzwungen werden muß.

Tja, und wie sieht's heute aus - Beispiel: Eine Vollkornbäckerei in Berlin-Kreuzberg

Vieles von dem, was die Alt-Kollegen für utopisch hielten, ist hier normale Alltagspraxis:

Es gibt den Einheitslohn, der sogar schon in Richtung "Bedarfslohn" ausgeweitet wird; ein Großteil der Beschäftigten wohnt zusammen; die Kopfarbeit (Buchhaltung usw.) beherrschen nicht alle gleich gut, aber immer mehr haben in der vieIjährigen Geschichte Buchhaltung gelernt; der einzige ausgebildete Bäcker Geselle lernt alle anderen an - der Betrieb läuft inzwischen auch ohne ihn, der als Meister nur noch formell notwendige Aufgaben hat; inzwischen gibts eine dritte Generation, die die Neuen anlernen kann; von den 15 Kollektivist*innen sind 8 Frauen und 7 Männer, und es scheint so, daß die Konflikte über die alte Rollenverteilung nicht in den alten Strukturen hängen geblieben sind. Gleichzeitig gibt es Auseinandersetzungen über den Inhalt der Arbeit, die früher kaum thematisiert worden sind: die Überlegungen über gesunde Ernährung führen zur Erfindung verschiedener Brot- und Brötchenarten und ganz neuer Arten von Kuchengebäck; das Korn wird von ökologisch anbauenden Bauern geholt (z.T. mit anderen Projekten gemeinsam), die also als Erzeuger bekannt sind; der Transport wird z. T. von einem eigenen Kollektiv durchgeführt; neben den Einzel-Kunden werden die Produkte an Kollektiv-Cafes und -Kneipen geliefert.

Trotzdem sind die meisten so nicht zufrieden mit der Entwicklung: die Träume und Hoffnungen haben alle noch - aber der Alltag setzt täglich neue, ganz praktische Probleme, die zu lösen viel Energie kosten. ..und das, was wir mal im kleinen Maßstab ausprobieren wollten, verstellt den Blick auf die Realität um uns herum: z.B. Brot: die meisten Leute um uns herum essen selbstverständlich das Brot, das ihnen die Konzerne der Brotindustrie, der Einzelhändlerketten und Filialbäckereien als gut und lecker darstellen, und für die meisten ist das Müsli-Brot keine reale Alternative, sondern Spinnerei von Freaks. Und wenn sich das mal ändert (es gibt ein aktuelles Beispiel): dann wird halt eine Vollkornbäckerei richtig profihaft aufgezogen und beliefert die Geschäfte quer durch Berlin - und auch das profihaft.

Was heißt das für uns?

Wir finden unsere Produkte und Arbeitsweise gut und da gutes Brot auch Bedürfnis ist, wird dies immer mehr profihaft vermarktet. Da wir prinzipiell gegen Profite sind und wir es richtiger fänden, das sich alle gut ernähren können, sind wir natürlich gegen Lebensmittelkonzerne und Brotfabriken.

Was tun wir dagegen? Dieses Beispiel gilt für viele andere Bereiche auch, z.B. Tischler-Kollektive (IKEA), Kaffeegruppen, eigene Rösterei. ..(Tchibo etc.).

Schwieriger ist es Ansätze zu finden bei den Kollektiven, die bürgerlichere Arbeitsinhalte haben, z.B. Taxi-Kollektive oder Kneipenkollektive...

Wir haben hier einige Fragen aufgeworfen, die für viele Kollektive gelten. Das Hauptproblem dabei ist, wie können wir von uns aus in die Offensive gehen; wie können wir unsere Kollektive wieder zu Reibungspunkten machen, die auch Konzernen u.a. etwas entgegensetzen?

Kontakt: Infoladen

Kohlfurter Straße 46, 1000 Berlin 36

Abt.: „Wintertage“

Mein Größenwahn und ich

Im Folgenden ein Standpunkt zur Diskussion "Hierarchie und Qualifikation" auf den Wintertagen 1985.

Um das Thema einzugrenzen: ich beschränke mich auf Kollektive mit einem typischen Werdegang, wie ich ihn bisher (ausschließlich) kennengelernt habe. Ausgangspunkt ist meist eine Gruppe, die die Arbeitstrennung aufheben möchte, das innerbetriebliche Rotationssystem einführt; die einen gleichmäßigen Anteil jedes Mitglieds am Produktionsvermögen und damit an allen wesentlichen Geschäftsentscheidungen fordert - bis hin zum Konsensprinzip.

Bei diesen Voraussetzungen sind drei typische Entwicklungen zu beachten:

1. Obwohl zunächst die Qualifikation sehr ähnlich ist und eine konkrete Arbeitsteilung nicht zwingend, hebt meistens eine Person (männl. !?) ab und es entsteht eine versteckte Hierarchie in zwei, manchmal drei Stufen.

2. Eines der wichtigsten Überlebensregulative im Betrieb ist der Lohn und die Arbeitszeit. Ab einer bestimmten Größe des Betriebes (Umsatz) und einem gewissen Alter entsteht oft ein Drang zur Arbeitsteilung, die die gewünschte Professionalisierung fördert. Dabei liegt dies noch im Entscheidungsbereich der Gruppe. (Merke: es kommt der Tag, da reicht der Idealismus nicht mehr für 1000,- DM im Monat mit regelmäßiger Verspätung).

3. In Abhängigkeit von der Branche kann der Markt zur arbeitsteiligen Produktion zwingen, verbunden mit erheblichen Qualifikationsunterschieden. Ein Nischendasein läßt sich irgendwie nicht mehr durchhalten - die Gruppe wird gezwungen, sich einer scharfen Konkurrenz zu stellen. Ich kenne in meinem Infokreis kaum ein Kollektiv, das diese Grenze überschritten hat. In der Regel wird - wenn es zu diesem Punkt kommt - das Projekt aufgelöst, eine neue Marktnische gesucht oder versucht, mit "Solidaritätsaufträgen" zu überleben. Ich kenne z.B. (eine Töpferei, die einfach weil sie einen Haufen Leute zu ernähren hat und weil der Kunstmarkt nichts mehr hergibt, sich auf Zweimark-fünfzig-Tassen spezialisiert hat. Denn einerseits verlangt ein solcher Schritt in der Regel enorme Investitionen (und Verpflichtungen) und andererseits führt er zu Arbeitsformen, bei denen den meisten Kollektivisten vor Grauen erst mal die Haare zu Berge stehen - Schicht, Fließband, Trennung von Ankauf, Planung, Produktion, Kontrolle und Verkauf usw.

Nun liegt natürlich genau hier der Knackpunkt, wenn es an die Diskussion um Modellcharakter oder Übertragbarkeit kollektiver Betriebsstrukturen geht. Aber auf diesen möglicherweise tragischen Schlußpunkt eines vielversprechenden Kollektivs möchte ich nachher noch mal kommen. Zunächst zu den beiden ersten Möglichkeiten, die wohl jeder schon mal kennengelernt hat.

Ich gehe davon aus, daß diese Probleme zwar nur im gesellschaftlichen Kontext zu erklären sind, für uns aber ausschließlich auf individueller Ebene angepackt werden können. In der Praxis läuft's ja auch meist so. Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen, weshalb bei gleicher Ausgangslage eine oder mehrere Personen plötzlich einen Informations- und in der Folge einen Qualifikationsvorsprung haben. Sofort hat deren Entscheidung mehr Gewicht, sie treten selbstbewußter auf, werden häufiger am Telefon verlangt usw .

Manch einer hat das von Anfang an auch vor - vielleicht nicht bewußt, aber es gibt eben Leute, die überhaupt erst dann zufrieden sind, wenn ohne sie nichts mehr läuft. Andere stecken einfach mehr von dem Engagement in's Kollektiv, das die Kollegen noch für ihr Privatdasein beanspruchen. Das jeweilige Gegenstück gibts auch - Schaffis, die nicht auf die Hufe kommen und sich hinterher über ihren mangelnden Durchblick beschweren. Und natürlich jede Menge Fälle dazwischen.

Dummerweise lassen sich solche Prozesse kaum verhindern, weil den "Abhebern" zunächst eigentlich nichts vorzuwerfen ist. Sie tun halt mehr, hängen sich mehr an die Maschine, haben ein paar mal hintereinander gute Job's reingeholt oder sind - wenn auch von falscher - so doch von Kundenseite gelobt worden. Ist das was Schlimmes?

Schlimmstenfalls wird am Ende die so entstandene Führerschaft als ganz angenehm empfunden, der ernannte "Chef" bekommt etwas mehr Lohn (hat ja auch mehr Spesen, oder?), usw. usw.

Bestenfalls jedoch endet all das mit einer kleinen Palastrevolution - die Auseinandersetzung wird schnell persönlich und das Corpus conflicti macht sich beleidigt selbständig" .

Ähnlich persönlich wird die Diskussion im zweiten Fall enden, den ich von meinem Kollektiv (Ingenieure) kenne. Wir würden möglicherweise mehr verdienen oder weniger arbeiten, wenn wir stärker arbeitsteilig vorgehen. Alles in einer Hand ist zwar befriedigend, aber auch sehr zeitraubend. Macht der erreichte Umsatz mehr Arbeit bei der Steuererklärung als nötig, stellt sich ja auch die Frage, ob wir das alles nicht lieber einem Fachmenschen übergeben. Die Kontroverse begann an der Frage, ob wir einen Zeichner einstellen oder nicht. Die eine Seite vertrat dabei, daß es eine gesellschaftliche Berufshierarchie gibt - ganz egal was wir davon halten - und daß in dieser der Zeichner dem Ingenieur untergeordnet ist. Darüber hinaus sei der Zeichner mangels Qualifikation von bestimmten Entscheidungen ausgeschlossen. Dagegen setze ich: 1. Was hilft diese Argumentation dem Zeichner und seiner eigenen Berufsperspektive. 2. Wie weit habe ich diese gegebene Berufshierarchie für mich übernommen? Diese Frage muß ich mir stellen denn sie wird sicher mein Verhalten als Ingenieur dem Zeichner gegenüber bestimmen. Und 3. Was mache ich eigentlich zur Grundlage meiner gesellschaftlichen Entscheidungen? Jedes Argument muß ernstgenommen werden, wenn ich die Person, die dahinter steht ernstnehme. Ist bei der Frage nach der Anschaffung eines Computers das dagegehaltene Argument,

das Ding würde ständig entnervend rumpiepen, ein unqualifiziertes und damit unwichtiges? Ich denke nein - denn natürlich verlangt der Anspruch der Gleichstellung aller Leute im Betrieb auch das Eingehen auf Argumente und Ansprüche von anderer Seite - und zwar nicht nur mildelächelnd.

Summa summarum mündet der Konflikt in der Frage, wieweit ich selbst in der Lage bin, die aufgestellten Ansprüche zu leben. Und er wird, einmal aufgetreten, auf genau der Ebene beackert. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir die Arbeitsteilung ruhig einführen können, solange sich alle mögen. Natürlich möchte ich etwas über die an meine Tätigkeit angrenzenden Arbeiten wissen und einmal im Betrieb rotieren. Aber ich werde dies immer an meiner persönlichen Aufnahmekapazität messen und nicht an einem übergeordneten Rotationsanspruch.

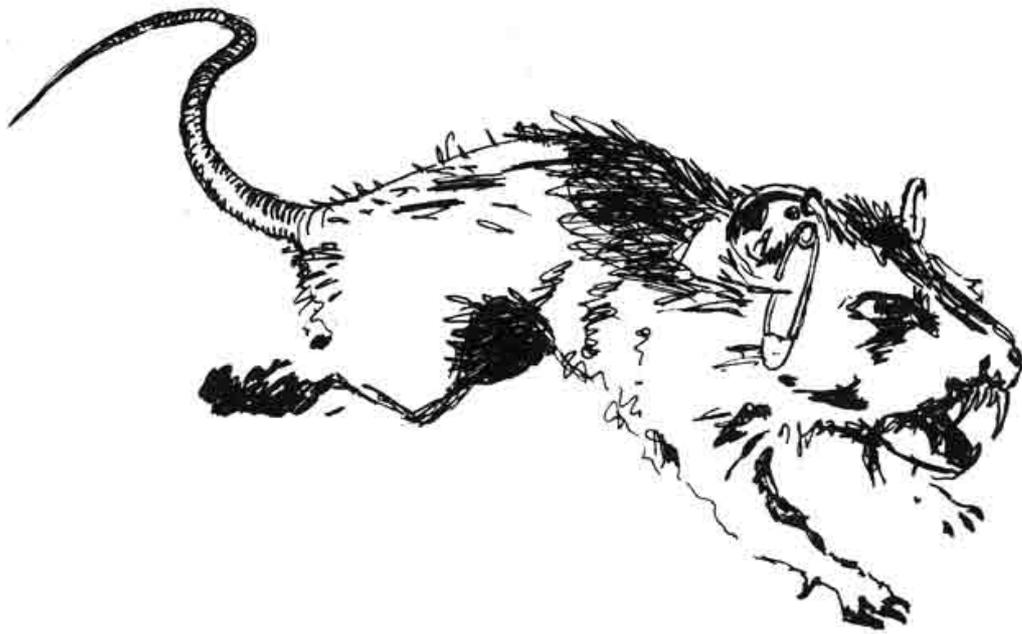
Noch mal zurück zu den Grenzen der Lösungsmöglichkeiten. Eine solche persönliche Auseinandersetzung ist ab einer bestimmten Betriebsgröße nicht oder kaum noch möglich (z.B. die TAZ).

Oder der Betrieb hat sich der Konkurrenz gestellt und verschiedene Abteilungen bzw. reale Arbeitsteilung eingeführt. Dann ist die persönlich orientierte Diskussion nicht mehr hinreichend. Die gegebenen Beispiele zeigen, daß sich innerhalb eines Betriebes daraufhin ausreichend kleine Untergruppen bilden, in denen die beschriebene Form der Auseinandersetzung wieder möglich wird. Hierarchie-Konflikte laufen in der Folge zwischen diesen Gruppen ab und sind auf dieser angehobenen und viel öffentlicheren Ebene kaum noch lösbar, solange dort Leute hocken, die den verschiedenen - jeweils für sich unverzichtbaren Tätigkeiten einen unterschiedlich hohen Wert beimessen.

Das letzte Wort der Wanderratte

Die nachfolgende Geschichte stammt aus dem Buch "Das letzte Wort der Wanderratte" von Rafik Schami und ist im Neuen Malik Verlag erschienen. Wir danken dem Neuen Malik Verlag, besonders Thies Ziemke, für die Abdruckerlaubnis.

Das letzte Wort der Wanderratte



... Die Stunde des Abschieds naht. Eure Anwesenheit vertreibt meine Angst und erfüllt mich mit Trauer. Ich weiß erst jetzt, welch einen Verlust ich auf mich nahm, als ich beschloß, eure Gemeinschaft zu verlassen. Mein Leben lang habe ich den Tod überlistet, und wenn ich ihn jetzt aufsuche, tue ich es, um die Sicherheit für meine Gemeinschaft zu erkaufen. Überall liegt die Nahrung so reichhaltig wie noch nie, und doch riecht sie verdächtig nach Jasmin. Der Hunger treibt uns zu ihr, doch die Angst hält uns zurück. Meine Absicht ist, die Grenze zwischen unserer Vermutung und der Gewißheit zu durchbrechen.

Ich werde diese Nahrung kosten, und wenn ich sterbe, meidet bitte alles, was nach Jasmin riecht, vermehrt euch und erzählt unermüdlich euren Kindeskindern: nicht alles, was nach Jasmin duftet, ist die begehrte Blüte. Der Tod lauert auch hinter manchem angenehmen Geruch.

Ihr werdet euch schon gefragt haben, warum ich euch zu mir gerufen habe. Ich schaue in diesem Augenblick dem Tod ins Auge und habe vor nichts in der Welt Angst. Mein Wunsch, euch das zu erzählen, bevor ich euch verlasse, ließ mich nicht mehr

einschlafen. Er brannte immer stärker in meiner Brust. Behaltet ihn als mein letztes Geschenk in eurem guten Gedächtnis.

Keiner von euch hat mich je gefragt, woher ich komme. Das ist das schönste in unserer Gemeinschaft. Nicht die Herkunft ist wichtig, sondern das Dasein. Heute will ich es euch aber erzählen: Meine Eltern lebten in Ägypten. Mein Vater starb sehr früh, und meine Mutter war immer sehr ängstlich. Jahrelang regnete es kaum. Die Dürre hat uns und die Menschen gequält. Wir hörten aber, daß im Hafen einige Menschen Mais und Reis horteten. Das ist eine Sitte bei den Menschen. Immer wenn die einen hungern, horteten die anderen die Nahrung. Ich wollte, wie viele junge Ratten, zum Hafen laufen. Meine Mutter heulte vor Angst. Der Hafen, sagte sie, verschluckt die jungen Ratten, und der Dämon der Schiffe verzaubert sie, daß sie den Weg vergessen. Aber ich verließ unser kleines Haus im Nildelta und eilte mit einigen Freunden zum Hafen. Ich hatte, ehrlich gesagt, keine Angst. Mein Magen knurrte lauter als eine Katze. Wie sollte ich da vor Dämonen Angst haben. Einige Freunde blieben am Ufer, einige schlichen mit mir in eines der Schiffe. Im großen Laderaum, wo es genug zu essen gab, traf ich ein wunderschönes Weib, und wir verbrachten einige zärtliche Stunden miteinander. Meine Freunde und ich debattierten lange, ob wir auf dem Schiff bleiben oder ans Ufer zurückkehren sollten. Plötzlich donnerte es, und ein fürchterliches Geheul versetzte mich und meine Freunde in Angst. Sofort dachten wir an den Dämon und rannten schnell hinaus, um ans Ufer zu flüchten, aber das Schiff war bereits auf See.

Na schön, sagte ich zu mir, woanders wirst du auch leben können. Wie ihr wißt, ist die Welt die Heimat der Ratten, nur die Menschen werden durch Stacheldrähte getrennt und ausgesiedelt. Über fünf Tage lebte ich im Bauch des Schiffes. Es gab genug Mais, Weizen und Zwiebeln, aber, ich werde es nie vergessen, alles schmeckte ziemlich salzig, als tränkten die Bauern Ägyptens ihre Felder mit ihren Tränen.

Ob auf den Feldern oder in den Kellern der Häuser, überall fand ich Freunde! Welch eine Bereicherung war das für mich, unter und mit euch zu leben. Reich ist unsere Gemeinschaft an Erfahrung der vielen Rattenvölker, die sie bilden. Die Sparsamkeit der Wüstenratten paart sich mit der Großzügigkeit der Weidenbewohner. Wir genießen gerne und hungern nie. Die Erfahrung der Brüder aus dem Norden, mit der sie jede Kälte überleben können, vermischt sich mit den Erfahrungen der Brüder aus dem Süden, wo die Hitze manchmal tödlich wird. Wir sind jedem Wetter gewachsen. Das ist unsere Stärke So nah beieinander und doch so verschieden.

Seht euch unsere Brüder und Schwestern, die Laborratten an. Seitdem sie in die Hände der Menschen gefallen sind, macht sie der Mensch blaß wie der Schnee und pfercht sie in Käfige. Seitdem reden sie nicht mehr miteinander. Sie haben einander nichts mehr zu sagen, weil sie nur noch Spiegelbilder ihrer selbst sind. Sie leben nicht. Sie warten auf den Tod. Sie schlafen nach Uhren, essen und trinken nach Uhren und bekommen Spritzen nach Uhren.

Einst schlich ich vom Garten durch ein offenes Fenster ins Labor. An die hundert

Schwestern und Brüder piepsten erbärmlich in einem eisernen Käfig. Ich kochte vor Wut und vergaß meinen Hunger. Stundenlang dauerte mein Kampf mit dem Riegel, bis ich die Tür aufmachen konnte. Verschwitzt rief ich ihnen zu, sie sollten sich beeilen. Denkt ihr, sie hätten sich gefreut, wie eine der Unsrigen, der aus der Falle geholfen wurde und die die Schmerzen eines blutenden Beines im freudigen Jubel unserer Gemeinschaft vergißt? Sie schauten mich nur mit stumpfen, roten Augen an. Und was nun? Rennt doch weg. Die schöne Nacht im Wald wartet auf euch. Die hellen Sterne erleuchten euch den Weg. Und wer wird uns das Frühstück bringen? fragten die einen. Habt ihr Uhren? wollten die anderen wissen. Ich erklärte ihnen, daß die Freiheit besser schmeckt als alle Uhren der Welt. Aber der Mensch hat ihren Geist vergiftet und in ihre Herzen unsichtbare Riegel gepflanzt, die keine Ratte dieser Welt mehr zertrümmern kann. Sie verstanden meine Worte nicht und lachten über meine Freiheit. Ja, einige fingen sogar an, sich lustig über mein verdrecktes Fell zu machen, und sagten mir, lieber blieben sie im Käfig und behielten dafür ihr samtweiches Fell, das ihnen der Mensch geschenkt habe. Was für ein Wahnsinn! Keine Ratte dächte im Traum daran, hochnäsiger zu werden, nur weil sie ein rötliches oder braunes Fell hat. Anders der Mensch. Wenn ein Mensch nichts anderes findet, um seine Nase in den Wind zu stecken, schaut er seinen Bruder verächtlich an und ruft mit aufgeblasenen Wangen: Euch Südländern werden wir zeigen, wer Herr im Haus ist. Ja, ihr kichert mit Recht, denn der Mensch ist dumm. Wir werden nur klüger, wenn wir seine Dummheiten vermeiden. Der Mensch hat ein schlechtes Gedächtnis. Er lernt nicht aus seiner Geschichte. Für uns Ratten ist die Vergangenheit die Mutter unserer Gegenwart, die Geschichte ist die Quelle unserer Weisheit. ...

...Der Mensch hält sich für das klügste Wesen aller Zeiten. Sein Hochmut ist grenzenlos. Wenn ein Wesen addieren und multiplizieren, aber nicht sehen kann, daß sein Zuhause zugrunde geht, dann ist dieses Wesen ein Rechenidiot. Wer hat die Flüsse in Kloaken, die Städte in Müllhalden und die Meere in verseuchte Todesfallen verwandelt? Das sind weder die Ameisen noch die Möwen. Wir nicht, meine Lieben. Wir nicht! Vielleicht hat die Mutter Natur eine Weisheit darin gesehen, ein solch gewalttätiges Wesen mit etwas weniger Verstand auszurüsten, denn wenn der Mensch klüger wäre, könnte keine Ratte überleben, dann hätte er unser Geheimnis gelüftet. Welches heimtückische Gift auch der Mensch im Krieg gegen uns einsetzten wird, nichts in der Welt kann unseren Willen zum Überleben vernichten. erinnert ihr euch an das Gift, das nach Äpfeln roch? Es sollen für seine Produktion Tausende von Menschen beschäftigt worden sein. Eine Hausratte aus dem Ruhrgebiet opferte sich, und die Menschen wußten nicht mehr wohin mit den vielen Giftfässern, die ungenutzt herumstanden. Stellt euch vor, unzählige riesige Fässer waren auf einmal verschwunden. Die Menschen bekamen Angst, denn es konnte in jedem Garten Gift gelagert sein. Die Firma, wußte nicht mehr, wo die Fässer abgeblieben waren. Einfach verschwunden. Doch das Gift lauerte - auf die Menschen. Keine Ratte in unserer Gemeinschaft dagegen verschwieg es, wenn sie Gift entdeckt hat. Wir wissen, daß nach dem Leben des einzelnen das Nichts ist, während das Leben der Gemeinschaft eine unendliche Zukunft hat. Die Menschen sind unwissend, deshalb arbeiten sie so,

als würden sie bis in Ewigkeit leben, und leben so hastig, als würden sie die Nacht nicht überleben. Wir haben es vom langen Leben unserer Gemeinschaft gelernt, daß eine Ratte nur ein Leben hat, in dem sie arbeiten muß und genießen kann.

Nun, liebe Freundinnen und Freunde, werde ich hinüberschreiten und das Stück Fleisch kosten. Beobachtet mich genau, liebt und vermehrt euch.

Die weise Wanderratte schritt zum Fleischbrocken. Sie drehte sich noch einmal nach den Versammelten um und lächelte. Viele wischten sich eine Träne aus den Augen und starrten traurig den tapferen Freund an. Erst am fünfundvierzigsten Tag fielen der Wanderratte die Haare aus. Die Ratten bedeckten ihren zitternden Leib mit Laub. Am achtundvierzigsten Tag starb sie. Hunderte von Ratten trugen sie zum Fluß und ließen ihren Leichnam von den Wellen des mächtigen Rheins hinabtragen. Sie kehrten zurück, entfernten die nach Jasmin duftende Nahrung, liebten und vermehrten sich.

Aus Wandelsblatt Nr. 3 (Dezember 1984, Seite 5)

Einladung zu den 2. Berliner Wintertagen vom 24.-27. Januar 1985

Wieder wollen wir uns in Berlin treffen, um in drei Tagen die wichtigsten Themen selbstverwalteten Arbeitens und Lebens zu diskutieren. An den Vormittagen werden wieder Branchentreffen stattfinden und nachmittags gibt es drei parallel laufende Blöcke.

Block 1: Innerbetriebliche Probleme

Block 2: Wirtschaftspolitik

Block 3: Verschiedene Themen (WANDELSBLATT, betriebliche Altersversorgung, Verbände, Ökobank, ausgestiegene Aktivist*innen berichten usw.).

In den ersten beiden Arbeitsgruppen soll über drei Tage konzentriert an einem Themenkomplex diskutiert werden, die dritte Arbeitsgruppe gibt dann den berühmten Rundumschlag - d.h. für jeden etwas.

Anmeldungen zu den Wintertagen bis zum 15. Januar 1985 mit einem Hinweis, ob ein Schlafplatz benötigt wird oder nicht, an STATTwerke, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Diesen Coupon umgehend an STATTwerke, betrifft Wintertage, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36 einschicken.

Name des Betriebes, Adresse, Telefon:

Wir wollen an den "Wintertagen" mit _____ Personen teilnehmen. Wir benötigen dafür Quartier: Ja / Nein

Wir möchten gerne in folgender Branche/Fachbereich/Block mitarbeiten:

Bitte sendet Informationen an folgende weitere Betriebe:

Wir wollen an der Organisation des Branchentreffens für unseren Bereich mitarbeiten. Bitte sendet uns die Adressen weiterer Interessenten (wenn unzutreffend bitte ausstreichen!)

Telefonische Infos gibt's bei Michael 030/6115904 oder Marita/Monika 030/6185929

Aus Wandelsblatt Nr. 3 (Dezember 1984, Seite 5)

Wintertage - Arbeitsgruppen

Aufruf an alle Tagungshäuser

Für uns war die Projektemesse im Sommer 1984 z.T. ziemlich frustig, zumal die Tagungshäuser, die es inzwischen überall zuhauf gibt, kaum vertreten waren. Hiermit wollen wir noch einmal die Chance nutzen, uns im Rahmen der Wintertage überregional zu treffen und auszutauschen.

Wir denken, daß wir uns gerade im Zusammenhang mit staatlichen Kürzungen im Sozialbereich (für uns heißt das konkret Belegungsrückgang) und dem ständig dichter werdenden Markt zusammensetzen müssen, um gemeinsam zu überlegen, wie wir (z.B. durch zusätzliche ökonomische Standbeine diesem Problem begegnen können, ohne in gegenseitige Konkurrenz zu verfallen. Eine Zusammenarbeit eröffnet immer neue Chancen, Möglichkeiten und Ideen und gibt eine gemeinsame Kraft, die wir z.Zt. sicher alle brauchen. Also, Tagungshäusler, rafft Euch auf, überlegt, was wir uns gegenseitig geben können und nehmt teil an den Wintertagen!

Übrigens: Zeit haben wir auch nie; wir schmeißen unsere 54 Plätze seit geraumer Zeit zu zweit. Es gibt nur Dinge, die uns darüber hinaus noch wichtig sind!

Kontakt: Läufermühle, 6934 Neckargerach, Tel. 06263/1643

Projektgruppe Läufermühle

IBB

Ein Informations- und Beratungspool für Belegschaftsinitiativen

Seit Voith/AN (Belegschaftsfirma in Bremen) ist sie wieder im Gespräch: die selbstverwaltete Fabrik. Arbeiter übernehmen ihren Betrieb. Doch die von vielen erhoffte Betriebsbesetzerbewegung blieb bisher aus.

Unabhängig davon, welchen Stellenwert solchen Firmen beigemessen wird und auch unbeachtet des Verhältnisses, was sich zwischen Belegschaftsfirmen und selbstverwalteten Betrieben entwickelt, wollen wir - verschiedene Betriebsberater - eine Koordinationsstelle für Informationen, Beratungs-Know-How und sonstige Connections aufbauen, um solchen Initiativen ein Stück praktischer Solidarität mit anbieten zu können.

Zu diesem Thema soll nun auf den Wintertagen eine Arbeitsgruppe gemacht werden. Welche Funktion soll eine derartige Koordinationsstelle haben, welche Aufgaben soll sie wahrnehmen. Es soll festgestellt werden, welche Ressourcen vorhanden sind und was die ersten Schritte sein könnten, eine arbeitsfähige Infrastruktur aufzubauen.

Letzte Meldung ...Letzte Meldung

Im November fand in Mannheim ein Treffen zwischen zwei selbstverwalteten Umzugsbetrieben statt, ALAN aus Reutlingen und die ARBEITERSELBSTHILFE aus Mannheim.

Es war ein anregender Erfahrungsaustausch; gleichzeitig wurden Ideen entwickelt für eine perspektivisch kontinuierlichere Zusammenarbeit.

Als weiteren Schritt wurde beschlossen, auf den bevorstehenden Winter ein Branchentreffen zu organisieren. Alle weiteren Umzugskollektive sind aufgefordert, sich daran zahlreich zu beteiligen.

Folgende Themen schlagen wir vor:

- ☞ Entwicklung von Markenzeichen für selbstverwaltete Umzugsbetriebe
- ☞ Bundesweites Koordinationssystem für Fernumzüge/Beiladungen
- ☞ Austausch von Arbeitskräften
- ☞ Überregionale Werbung
- ☞ Gemeinsame Kartonbestellung; Einführung von Bücherkartons

Meldet Euch bei einer der unten genannten Adressen. Wir schicken Euch dann unser Arbeitspapier für die Wintertage zu.

Arbeiterselbsthilfe, Verbind. Kanal, Linkes Ufer 20-24, 68 Mannheim I, Tel. 0621-27358.

Alan, Albstr. 70, 7410 Reutlingen, Tel. 07121-300968.

Plädoyer für Nicaragua

Wenn wir uns heute im Fernsehsessel zurücklegen und den Reden Reagans lauschen, der uns von der Bedrohung des Weltfriedens durch noch einen aggressiven kommunistischen Staat in Mittelamerika warnt, dann haben wir Probleme, diese Aussagen überhaupt mit dem Nicaragua in Verbindung zu bringen, das wir kennen. Das Nicaragua, das wir aus unzähligen Berichten und manche von uns auch aus eigenem Augenschein kennen, ist weder kriegsdurstig noch totalitär. Es unterzeichnete den Contadora-Friedensplan, setzt sich für die Entmilitarisierung der Region ein, reagiert auf die monatelangen Angriffe von Honduras und Costa Rica aus defensiv und überschritt ihre Grenzen nie.

Birgit Müller - Mit seinem Wirtschaftssystem versucht es sich an dem schwierigen Experiment einer Dualwirtschaft, mit einem vom Staat durch Steuererleichterungen geförderten privat-wirtschaftlichen Sektor, der über eine zentral gelenkte Planwirtschaft hinausgeht. Die Sandinisten versuchen den Bauern, die auf dem von den Somozisten enteigneten Land Kooperativen aufbauen, die Entscheidung über ihre Organisationsstruktur so weit wie möglich selbst zu überlassen.

In den letzten fünf Jahren sind 1 Mio. Menzanas Land an 31.000 Bauernfamilien übereignet worden. Über 60.000 Campesinos gründeten insgesamt 3.057 landwirtschaftliche Kooperativen. Für neue Siedlungsgebiete wurden insgesamt 12.900 Eigentumstitel für Grund und Boden an Familien übertragen. Die Sandinistas ermöglichen ihnen zu experimentieren statt zu diktieren. Der Staat greift nur da ein, wo die lebenswichtigen Grundbedürfnisse der Bevölkerung gewahrt werden müssen. Diesem Zweck dient beispielsweise die im ganzen Land aufgebaute Ladenkette "tienda popular". In den meist einfachen Läden sind bis zu 15 Grundnahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu stark subventionierten, auch für Arme erschwinglichen Preisen zu haben. Unbestreitbar sind sicher auch Errungenschaften im Gesundheitswesen. In den ersten fünf Jahren der Revolution wurden 309 Gesundheitsstationen, vier Krankenhäuser errichtet und 3,3 Mio. Impfungen durchgeführt.

Seither ist die Kindersterblichkeitsrate rückläufig, die Unterernährung abgebaut und die Lebenserwartung hat sich allgemein erhöht. Nicaragua wurde von der OMS als "Modellfall für die medizinische Versorgung" bezeichnet. Denkt man weiterhin an die mit gewaltigen Aufwand durchgeführte Alphabetisierungskampagne, versteht man, wieso die FSLN, bei völlig korrekten Wahlen, ihre Verankerung in der Bevölkerung bestätigt bekommt.

Solidarität ist (k) eine Waffe

Nicaragua war in den Jahrzehnten vor der sandinistischen Revolution ein typischer Satellitenstaat der USA, mit einer auf Export ausgerichteten Landwirtschaft, direkt und indirekt von US-Konzernen kontrolliert und einer Satellitenindustrie, die die landeseigenen Rohstoffe nicht verarbeitete und für die Herstellung von Fertigprodukten die Halbfertigprodukte vorwiegend aus den USA importierte. Abhängig von der Schuhsohle bis zur Schraube, die den Traktormotor zusammenhält!

Die Sandinisten haben in den vergangenen fünf Jahren versucht, diese Abhängigkeiten durch eine Diversifizierung der Landwirtschaft, die Errichtung eigener verarbeitender Industrien zu überwinden und sie haben trotz der ungeheuren Investitionen die internationalen Kredite zurückgezahlt, um nicht in den Würgegriff der IWF Zwangsmaßnahmen zu geraten. Sie haben im Westen wie im Osten um Kredite nachgesucht - sie allerdings hauptsächlich im Osten erhalten. Ohne sich deshalb dem östlichen Block zuzurechnen. Im Gegenteil unterstreichen sie immer wieder, daß sie blockfrei sind und es bleiben wollen. Nicaragua hat die Sympathie der meisten anderen blockfreien Länder für ihren Versuch, einen eigenen Weg zu gehen, der das Abhängigkeitsverhältnis von Nord und Süd durchbricht, und daher beispielhaft sein könnte für so viele Länder der "Dritten Welt".

Die Sandinisten hatten sich für ihre Politik auch die Unterstützung eines starken, selbstständigen Europas erhofft, haben jedoch seit Reagans Amtsantritt von Regierungsseite fast nur noch Lippenbekenntnisse erhalten. Die internationale Hilfe, die ihrem durch 50 Jahre Somoza-Diktatur völlig ausgesaugten Lande doch zuteil wurde, kam hauptsächlich aus dem Ostblock und von Kuba. In Europa halfen vorwiegend die Bevölkerung, die Kirchen und humanitäre Organisationen sowie kleinere Staaten mit liberaler Tradition wie Holland, Schweden, Österreich.

In ihren steten Bemühungen um Frieden und Entmilitarisierung in Zentralamerika hatten sie die Unterstützung der Menschenrechtsorganisationen und des Weltsicherheitsrates (mit Ausnahme der USA), die ihre Außenpolitik für moralisch einwandfrei erklärten. Die Sandinistische Revolution wurde international auch von amnesty international als eine der humansten Revolutionen nach dem Sieg anerkannt. Trotzdem, auch diese Revolution hat ihre Tragödie durch die gewaltsame Umsiedlung der an der Atlantikküste siedelnden Miskito-Indianern bitter erfahren. Kurz nach der Revolution, als sich die geflüchteten Somozisten, massiv durch die USA unterstützt, an der honduranischen Grenze neue Stützpunkte aufbaute, ordnete die Regierungsjunta die Umsiedlung der grenznahen Miskito-Indianer ins Landesinnere an. Die Durchführung dieser Umsiedlungsaktion im schwer zugänglichen Indianergebiet geriet der jungen Revolutionsregierung außer Kontrolle. Sandinistische Soldaten vertrieben in zahlreichen Fällen die Miskito-Indianer durch die Vernichtung ihrer Dörfer und erschossen zum Teil ganze Familien. Geschätzt wird, daß 300 bis 1000 Miskito-Indianer ums Leben kamen. Die sandinistische Regierung hat diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen zugegeben und wiederholt bedauert. Durch die jüngst

aufgenommenen Gespräche mit Miskito-Führer Brooklyn Rivera und einer Reihe anderer Initiativen versucht die Regierung nun ein Arrangement mit den Indianern zu finden.

Nicaragua könnte ein Beispiel sein für eine friedliche und selbstständige Entwicklung eines Landes der "Dritten Welt", ein Lichtblick im Dunkel der immer größer werdenden Not, von der immer wieder zu Unrecht behauptet wird, sie könne nur dank der Entwicklung nach Kriterien der Industrienationen gelindert werden. Nicaragua könnte so ein Beispiel sein, wenn nicht diese Industrienationen und allen voran die USA nicht ein konkretes, wirtschaftliches (imperialistisches) Interesse an seiner Ausbeutung hätten und nichts mehr fürchten, als daß das nicaraguanische Beispiel Schule macht. Es sind gerade die, die wie Präsident Reagan die christliche Moral schnell auf den Lippen haben, die hier durch ihre infamen Lügen und mörderischen Angriffe jede Bemühung um Gerechtigkeit verhöhnen.

Kaffee-Genossenschaft in Gründung

NICARAGUA-Kaffee gibt es zur Zeit an verschiedenen Stellen, von verschiedensten Gruppen, zu unterschiedlichen Preisen. Allen gemeinsam ist: Du nimmst den Kaffee, gibst Dein Geld - die Sache ist erledigt. Wir wollen hier ein Projekt vorstellen, das etwas komplizierter ist, und das für den Kaffeekäufer einen entscheidenden Nachteil hat: er gibt das Geld - und mit dem Trinken muß er erstmal ne Weile warten.

Der entscheidende Schritt hierbei ist, einen von den ‚Konzernen‘ unabhängigen Vertriebsweg aufzubauen.

Schon lange versuchte die ÖKOTOPIA GmbH einen direkten Kaffee-Einkauf aus Nicaragua auf die Beine zu stellen. Jetzt ist dies durch den Zusammenschluß mit zwei Läden aus Wessiland geglückt, doch ist das wirtschaftliche Risiko sehr groß: Der Kaffee muß bei Kauf in Nicaragua bezahlt werden. Um die für Berlin nötige Summe zu finanzieren, haben sich verschiedene Kollektive zusammengeschlossen und die BERLINER-KAFFEE-GENOSSENSCHAFT e.V. gegründet. Ein Ziel dieser Genossenschaft ist es, "Abonnenten" für NICARAGUA Kaffee zu finden, d .h. Leute, die bereit sind, den Kaffee-Import vorzufinanzieren. Die Kaffeetrinker erklären sich bereit, 5 kg NICARAGUA-KAFFEE zu kaufen und bezahlen ihn jetzt. Dieser Kaffee wird in Nicaragua zu einem Preis von 150 cent/lb gekauft, ein Preis, der den Forderungen der Entwicklungsländer entspricht.

Die Genossenschaft gibt den Kaffee zum Selbstkostenpreis an die Verkaufsstellen (die selbst Genossen sind und wo sich die "Abonnenten" den Kaffees dann abholen.

Berliner-Kaffee-Genossenschaft e.G. i.Gr.

Hauptziel: hier politischen Druck zu erzeugen...

Es geht uns jedoch nicht darum, nur alternativen Kaffeehandel zu betreiben, genauso wenig um Konkurrenz zu bestehenden Projekten.

Unser Hauptinteresse ist, durch diese Abo-Kampagne politischen Druck zu erzeugen, die Konzerne, die hier Kaffeehandel betreiben, zu zwingen, sich zu rechtfertigen. Rothfos, der den größten Kaffeemarktanteil in der BRD hat und sich als Ankäufer von sowohl Nicaragua - als auch EI Salvador-Kaffee ein völlig neutrales Image gibt, soll sich rechtfertigen, weshalb er fast die Hälfte der Ernte EI Salvadors aufgekauft und einen Großteil im Hamburger Freihafen auslagert, und damit ein Regime unterstützt, das in den letzten Jahren über 50.000 Menschen umgebracht hat. Der Jacobs-Konzern soll sich rechtfertigen, weshalb er in Guatemala riesige

Kaffeepflanzungen besitzt und damit ein ähnlich totalitäres und verbrecherisches Regime unterstützt. Wir wollen eine Rechtfertigung, weshalb die 3,60 DM pro Kilo Kaffee, die die BRD an Steuern einsteckt, nicht an die Anbauländer gehen, wir bezahlen ihnen schließlich für den Rohkaffee wenig genug. Und ebenso, weshalb für Rohkaffee 5 % Zoll, für Röstkaffee jedoch bereits 12 % Importzoll zu zahlen sind, was es den Anbauländern unmöglich macht, verarbeiteten Kaffee hierher zu exportieren. Dies sind nur einige wenige Beispiele.

Voraussetzung dafür ist - und damit steht und fällt die Kampagne - daß eine riesige Anzahl von Leuten sich an der Abo-Kampagne beteiligt, viel mehr, als bisher Kaffee aus Nicaragua kaufen. Nur so können wir den nötigen Druck erzeugen, um über eine ‚Aufklärung‘ über Kaffeepolitik hinauszukommen. Eine aggressive Kampagne zu führen, die die Verantwortlichen für diese Ausbeutung durch den Kaffeehandel fortwährend zu einer Reaktion zwingt.

Daß beispielsweise der Deutsche Kaffeeverband sehr schnell reagieren wird, dessen sind wir uns sicher. Während der einwöchigen Kaffeeboykottkampagne gegen Tchibo im Juni 1981 reagierte er, indem er vor den Läden Flugblätter verteilen ließ, die in ihrer Argumentation sehr geschickt waren. Daß beispielsweise ein Boykott letzten Endes nur den kleinen Bauern schade, daß den Anbauländern wichtige Devisen fehlten, würden sie nicht Kaffee abkaufen usw. Die bestehenden Kaffee- bzw. Mittelamerikagruppen machten daraufhin mit ihren Aktionen jedoch nicht weiter, da der Boykott von vornherein auf 1 Woche begrenzt war.

..und durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern möglichst viel Geld nach Nicaragua zu schicken.

Neben der Kampagne hier ist selbstverständlich mit unser Hauptziel, ein Projekt in Nicaragua zu unterstützen. Denkbar wäre für uns ein Projekt, das zum Ziel hat, Monokultur-Land für den Export umzustellen auf den Anbau mit Grundnahrungsmitteln, bzw. brachliegendes Land mit Grundnahrungsmitteln zu bebauen. Nicaragua muß immer noch 8-9% seiner Devisen ausgeben für den Import von Grundnahrungsmitteln (Zahlenangabe von MIDINRA). Gerade in der jetzigen Situation, wo die gesamte Wirtschaft auf eine Kriegswirtschaft umgestellt wurde, wo es extrem wichtig ist, so unabhängig wie möglich von Importen zu sein, und wo sämtliche Devisen nicht einmal für die Verteidigung, den Wiederaufbau zerstörter Anlagen und die Schuldentrückzahlungen ausreichen, d.h. für Umstellungsprojekte sicher nichts übrig ist, kann es sehr wichtig sein, Projekte in diesem Bereich zu unterstützen.

Soweit sind wir jedoch noch nicht, uns bereits für ein konkretes Projekt zu entscheiden. Je nachdem, wie sich die Lage weiter eskaliert, können wir uns auch andere Projekte vorstellen, bis hin zu Waffen für Nicaragua. Dies kann jedoch erst nach weiteren Kontakten mit Nicaragua endgültig geklärt werden.

Encafe hat bereits seine Bereitschaft mitgeteilt, Kaffee ab Januar an uns zu

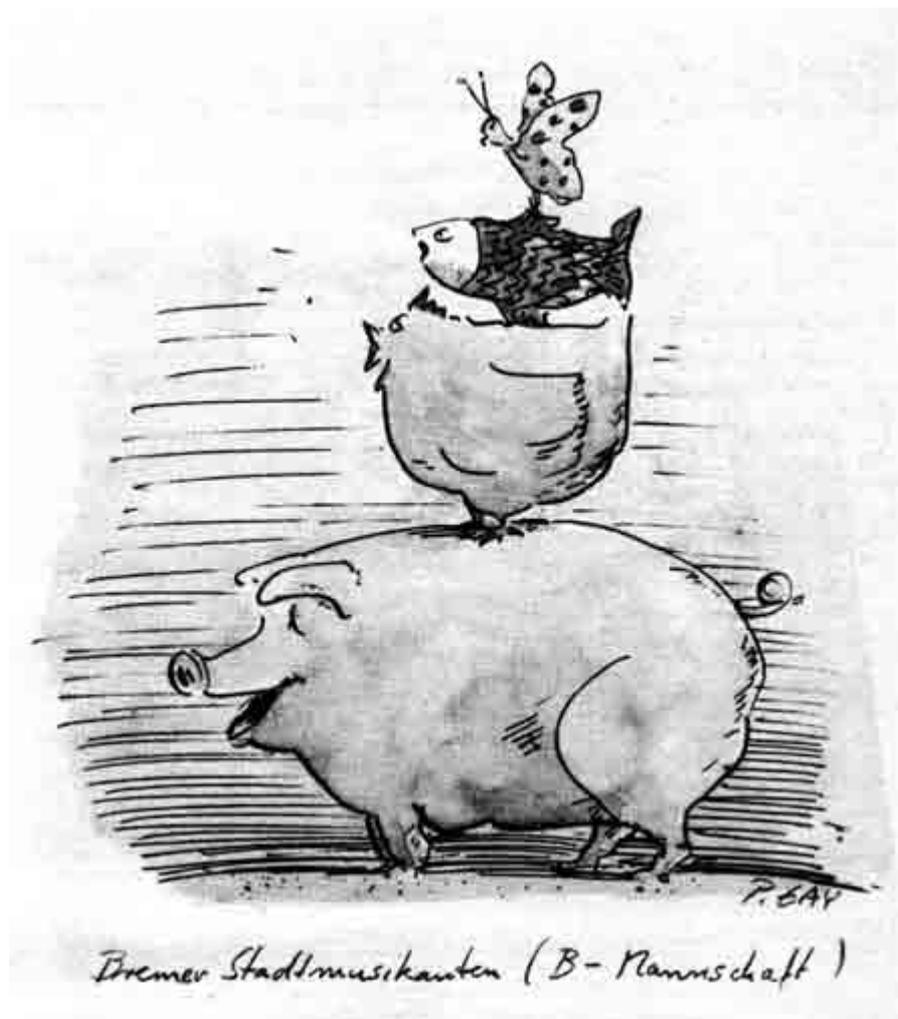
verkaufen. Z..Zt. werden 10 % des Kaffeexports in die BRD von Rothfos abgewickelt, 18 % von anderen Konzernen und 2 % von alternativen Händlern. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß wir versuchen wollen, im Rahmen der Kampagne ständig über die ökonomische Situation des Landes zu berichten. Im Moment ist es sehr schwierig, Informationen darüber aus der Presse einschließlich taz zu bekommen. Da wir die Möglichkeit, daß das Land eines Tages ökonomisch zusammenbricht, für genauso denkbar halten wie eine Invasion der USA, sollen Informationen darüber wichtiger Bestandteil der Kampagne sein.

Noch kurz zum Schluß: wir sind fast alle Leute aus Kollektiven (Cafe, Kneipe, Taxi's). Auf den Wintertagen werden auch welche von uns sein und damit Ansprechpartner für Euch. Losgehn soll das Ganze im Frühjahr/Sommer 85.

Projektmesse '85 - und doch oder was?

Nach der 83er Messe und den Wintertagen in Frankfurt und Berlin gab es im März '84 ein erstes größeres Treffen in Bremen, im Juni ein Regionaltreffen im Raum Mannheim und im Herbst '84 ein Treffen der Selbsthelfer in der Region Göttingen. Diese Treffen waren wahrscheinlich ein Zeichen für einen größeren Bedarf nach Kontakt und Austausch für jeden Einzelnen. Das jeweilige Ausmaß der Beteiligung von Kollektiven wiederum war Ausdruck der Größe des bisherigen Zusammenhangs. Diese eigene "Luft zu schnuppern", sich zu Hause zu fühlen und auch, sich einer Außenwelt zu zeigen, mit dem, was schon da ist, war ein gemeinsames, großes Erlebnis mit vielen Folgewirkungen. Sicher nicht nur durch diese Messen verursacht, aber durch sie stark belebt, hat eine Debatte - auch in interner Konkurrenz - um die Zukunft der Selbsthilfe begonnen. Das Erlebnismoment "jetzt und hier" es schon insgesamt schneller bewegen zu können, führte zu Überlegungen, sich besser und schlagkräftiger zu organisieren. Der Staat, bzw. seine Agenturen meldeten sich ob der beginnenden Diskussion immer stärker zu Wort, zunächst als Reaktion, jetzt mehr in Aktion (um neue billige Arbeitsplätze). Zur Beantwortung der vielen offenen Fragen eines Projektalltages, meldeten sich immer mehr Berater-(kollektive), die heute leider das Bild von Überregionalen Treffen schon bestimmen. Das Gefühl der Stärke ging sogar so weit, daß wieder mal eine Messe gegen eine traditionelle Großmesse (in Hannover) geplant wurde. Viele regionale und überregionale Tagungen kamen hinzu. Ein Gefühl der Müdigkeit breitet sich aus. Abschreckend wirkten die "Kämpfe zwischen Kommunen und Projekten, zwischen Ökobank und Kreditvermittlung und die vielfältige Spaltung der Selbsthelfer durch die unterschiedlichen Zuwendungen aus dem Staatssäckel.

Die Zeit, nicht nur zur Selbstfindung, sondern zur gemeinschaftlichen Auseinandersetzung über möglicherweise sehr unterschiedliche Wege wird nicht sehr effektiv genutzt. Auch wenn wir uns unbestreitbar immer wieder offensiv mit dieser Gesellschaft allgemein und da, wo es uns besonders trifft, im Detail auseinandersetzen müssen, sollten wir nicht immer wieder in das traditionelle Fahrwasser geraten. Die Auseinandersetzung muß hart, aber solidarisch geführt werden. Viele Probeläufe müssen möglich sein, um auch das, was sich mensch zur Zeit



noch nicht vorstellen kann, trotzdem auch lebendig werden zu lassen. Produkte und Produktion müssen durchschaubar, auch für den Laien, gemacht werden. Natürlich sollte der Einstieg zum Mitleben erleichtert werden. Die in der Regel von den Selbst Helfern nicht entwickelten Errungenschaften der Technologie bedürfen einer genauen Anpassung an die Erfordernisse der SH-Praxis und nicht umgekehrt. Das Geld und Kapital darf für diese Auseinandersetzung und Entwicklung, wenn überhaupt, nur untereinander gleichrangig Bedeutung und Funktion haben.

Hier wäre noch vieles anzuführen, für das es sich lohnt, auch mal wieder länger, sinnlich erfahrbar zusammenzukommen. Während eines Treffens im norddeutschen Raum, zu Beantwortung dieser Frage konkret, fiel die Entscheidung, auch im nächsten Jahr wieder eine regionale Messe zu machen. Eine Entscheidung allerdings, die solange nichts- sagend ist, wie nicht auch viele Projekte einer solchen Idee etwas abgewinnen können. Dieser Bericht, Ergebnis der Gespräche auf dem Treffen, soll den Einstieg in die Diskussion und Entscheidung für die Beantwortung der Frage mit bezwecken.

Nun zu den konkreten bisherigen Vorstellungen: Zeitpunkt: Mai '85, Ort: Bremen oder Harnburg, Bereich: Hannover bis Flensburg, Dauer: eine Woche (mindestens), Inhalt: bisherige Ideen:

1) Unsere gesellschaftliche Utopie/ Unsere Geschichte und Eigensinn. Stichworte dazu: -- - Solidarität/ Konkurrenz - kollektives Leben/ Sachzwänge - Warentausch/ Ökobank - Alles als Ganzes / von der notwendigen Teilung und Fachlichkeit

2) Technik und Herrschaft Ein altes Thema täglich brandaktuell

These: Die Herrschaft der Technik ist nur dann begrenzt, wenn sie nicht aus ökonomischen Gründen, sondern primär zur Weiterentwicklung und Vertiefung der sozialen Beziehungen eingesetzt wird. Ist das nicht in sich widersprüchlich?

These: Solange wir uns auf die Reparatur und Weiterentwicklung tradierter Technologien beschränken, wird es uns nicht gelingen, die durch vorgegebene ständige technische Erneuerung notwendige Fachlichkeit der Techniker als sozialen Prozeß zu begreifen. - Wo treffen sich denn die Müslis mit den Technos?

Ein weiteres Stichwort: ökotechnologie, was'n das?

3) Von der Kultur Unsere oft engen Vorstellungen von Kultur als Freizeitbeschäftigung, als Nachleben und damit überwiegend Kompensation von Streß und Unfreude bei der Arbeit, wird gesellschaftlich stabilisiert durch auch in der Scene vorhandenen Trennungen in Kultur, Soziales, Betrieb und Bildung. Ja, haben wir denn das Vorgegebene einfach übernommen? Nicht das Zusammenleben oder Bündnis machen der Gruppen aus den genannten Bereichen, mit einem dann unvermeidbaren Wasserkopf ist notwendig, sondern das Leben im Zusammenhang. Wie's praktisch aussehen kann, sollte während der Tage geprobt und gelebt werden.

Struktur: NICHT ALLES AUF EINMAL! Also:! 1) Trennung von Ausstellungszeit und interner Austauschmöglichkeit 2) Thematische Schwerpunktsetzung, zu der es dann während der Messe auch Vor- und Nachbereitungen geben kann 3) Orientierung auf weitere, ein Stückweit aufeinander abgestimmte thematisch eingegrenzte Themen 4) Zeit für Kultur zum Anfassen, mitmachen und rauslassen.

Der weitere Weg der Vorbereitung und Festlegung: Wenn's irgend möglich ist, sollten alle Leser dieser Zeilen sich hinreichend Gedanken machen, und diese natürlich auch rauslassen. Entscheidungen der Kollektive, Netzwerke und Zusammenschlüsse sollten gefällt werden. Am 4. Dezember wird es ein weiteres Treffen geben, wo weitere Festlegungen erfolgen. Bitte melden, wer da mitmachen will. Bis dahin auch schon erste Rückmeldung überhaupt geben. **Karl und Herrmann**

PROJEKTMESSE'85

Nun doch, oder was? Ja, es kann möglich werden, wenn Du/Ihr diese Idee und diesen Vorschlag gut findet und vor allem, wenn Du/Ihr mitmacht. Ein erstes Treffen hat in Eggstedt bereits stattgefunden - Du/Ihr erinnert Euch? Die Ergebnisse jetzt mal in Kürze:

Treffen, ja eventuell im Mai '85. Ort: Im Prinzip noch offen, auch wenn es Vorlieben gab für Bremen u. Hamburg. Inhalte: Ebenfalls noch offen. Wir haben uns während des Treffens in Eggstedt schon intensiv Gedanken gemacht. Ein gesondertes Protokoll

wird in der nächsten Zeit verschickt. Vorbereitung: Wir möchten Euch bitten, macht Euch Gedanken und schreibt diese möglichst auch auf. Am 4. Dezember gibts dann ein nächstes Treffen, wo die Ergebnisse dieser ersten Umfrage ausgewertet werden sollen. Ort: wahrscheinlich Tagungshaus Drübberholz. Näheres aber auch zusammen mit dem Protokoll. Wir wünschten uns, wenn in den vorhandenen regionalen Blättern und Fachorganen eine Diskussion über Form und Inhalt geführt werden könnte. Eins ist klar, ein Treffen der MACHER und PLANER wird abgelehnt.

Also bitte, jetzt raus mit den Gedanken im Kopf. Schickt uns Eure Einschätzung und die weiteren Vorschläge. Für Rückfragen stehen Euch die nachfolgend genannten Menschen zur Verfügung. Gerne sind wir auch bereit, mal irgendwo rauszukommen, um zum Beispiel in Netzwerkbeiräten oder Treffen der Projekte in der Region das Gespräch zu führen.

AG Projektmesse Nord '85 Vorbereitungsgruppe c/o Werkhof Bremen,
Hohentorsbeerstr. 160, 2800 Bremen 1 (Jürgen) oder: Kooperative Landesbergen,
Loccumer Str. 68, 3071 Leese (Jens u. Rolf)

Noch ne Messe?

Der Arbeitskreis Energie/Umwelt/ Wirtschaftsstruktur bei den Jusos im Saarland wollen in diesem kleinsten aller Bundesländer eine Messe, bzw. einen Workshop zum alternativen Wirtschaften veranstalten.

Interessierte Betriebe aus der Region und sogenannte "Alternative" sollten sich mit Guido Freidinger, Leharstraße 22, 6600 Saarbrücken, in Verbindung setzen.

Das Geheimnis der Lundgruppe

Ob in Zusammenhang mit den Wintertagen, der Projektmesse, in verschiedenen Netzwerkausinandersetzungen oder zuletzt bei der Berliner Selbsthilfetagung; immer häufiger taucht dieser Lundkreis auf. Doch was steckt hinter diesem ominösen Namen?

An sich ist Lund eine harmlose Stadt in Südschweden (nicht etwa in Dänemark, wie Benny Härlin verleumderischerweise mal behauptet hat, wo weder ein Atomkraftwerk noch ein Raketenstützpunkt hin soll. Auch gibt es dort keine wirtschaftlichen oder politischen Traditionen, an die es anzuknüpfen lohnen würde. Aber offensichtlich gehört das zur Taktik der Lundis sich einen Namen zu geben, der in keinem Zusammenhang steht mit dem, was dort getrieben wird. Schließlich scheinen dort alle wichtigen Fäden, zumindest der Berliner Alternativszene zusammenzulaufen. Kein Seminar, kein Projekttreffen oder auch wissenschaftliche Tagung, wo nicht Vertreter dieses Kreises anwesend sind. Und wenn sie es nicht selbst sind, dann eben Vertreter dieser Vertreter. Die Einflußsphäre reicht sogar bis ins Bundesgebiet. Die AG SPAK ist genausowenig "lundfrei" wie der hessische Verband selbstverwalteter Betriebe, sogar im südlichen Freiburg gibt es "lundergebene" Vasallen. Doch wer verbirgt sich hinter diesem obskuren Kreis? Die Berliner Netzwerker vermuten dort sogenannte Edelkollektive und meinen damit Betriebe, die sich trotz hartem Projektalltag, um ihre Interessenswahrnehmung selbst kümmern. Öko-Banker Michael Berger sieht in den STATTwerken die eigentlichen Drahtzieher und die Lundis als ihre treuen Gefolgsleute. Juppi von der UFA-Fabrik konnte sogar Ansätze von Namen nennen! Constantin und seine 3 M's war fortan der Lund-Führungskader. Seit neuestem geistert die Bezeichnung "mumm-Gruppe" durch die Szene, was neue Rätsel aufgibt.

Jedenfalls konspirieren die Lundis weiter und versuchen im Januar zum 2. Male größere Teile der Szene zu kon- und inspirieren und haben zu diesem Zweck auch schon das Wandelsblatt unterwandert. Schließlich wird gemunkelt, daß sie in irgendeiner Weise auch auf die Öko-Bank-Initiative reagieren werden - vielleicht durch den Aufbau einer Polstermöbelfabrik?

marita, uwe, michael, monika

Aus Wandelsblatt Nr. 3 (Dezember 1984, Seite 7)

Erstes Projektetreffen im Hunsrück

Liebe Schwestern und Brüder im Geiste (der Selbstverwaltung)! Für das Dezember-Wandelsblatt habe ich schnell einen Bericht zum Projektetreffen im Hunsrück zusammengeknickt! Die Zeit war äußerst knapp, das November-Blatt haben wir erst am 10.11. gekriegt. Hoffentlich reicht es noch bis zum 14.

So long Sabine

Am 11.11.84 trafen sich Menschen aus ca. zehn "alternativen" Projekten und Betrieben vom Hunsrück und von der Mosel zum ersten Projektetreffen auf der Dörrwiese.

Vor einigen Jahren gab es hier schon Initiativen zur Vernetzung durch regelmäßige Treffen, das Ganze ist jedoch im Sande verlaufen, weil sich außer allgemeinem Erfahrungsaustausch nichts ergab.

Wie alle Fernsehgucker wissen (Heimat!): der Hunsrück ist arm, schwach besiedelt und tiefste Provinz. (Dankbar können wir da nur unseren "Freunden und Verbündeten sein, von wegen Arbeitsplätzen und technischem Fortschritt und so). Hier wollen wir nun beginnen, mit der Zeit ein dichteres Netz zu knüpfen zwischen den ansässigen Landwirtschaftsbetrieben und FOOD-COOPs, sozialen Projekten und Kultur in der Provinz, Handwerkern, Händlern, Künstlern ...

Die Projektetreffen sollen in regelmäßigen Abständen stattfinden, an wechselnden Orten, und von jeweils anderen Gruppen vorbereitet werden. Zum besseren gegenseitigen Kennenlernen soll jede Vorbereitungsgruppe eines Treffens die Möglichkeit haben, sich selbst, ihr Leben und Arbeiten darzustellen.

Damit aber nicht nur ein allgemeines Erfahrungsaustauschgelaber daraus wird, das dann doch wieder schnell verödet, beginnen wir schon jetzt, an gemeinsamen Projekten zu arbeiten.

Zunächst: Vorbereitung einer REGIONALMESSE, Termin soll zwischen Ende Oktober und Anfang November 1985 sein (Jahr der Provinz?!)

Bis zum nächsten Treffen wollen wir herausfinden, wer sich noch an der Messe beteiligen will und ob es ein geeignetes Gelände/Gebäude gibt.

Das nächste Hunsrück-Mosel-Nahe Treffen ist noch mal auf der Dörrwiese 4 bei der LID und findet statt am 16.12.84 um 15 Uhr.

Sabine Kleintgens

Über einige Probleme in der Zusammenarbeit mit den Grünen

Änderung in Sicht?

"Der Aufbau alternativer Projekte muß nach Kräften vorangetrieben werden. (...) Die GRÜNEN werden ihre finanziellen und parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, diesen alternativen Sektor zu stützen und seine Überlebenschance gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft zu verbessern." Dieses Zitat aus der von der Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN beschlossenen programmatischen Erklärung "Sinnvoll arbeiten - solidarisch leben" wollen wir dem Artikel voranstellen, der einige Probleme unseres Druckerkollektivs in der Zusammenarbeit - oder besser Nichtzusammenarbeit - mit dem grünen Landesverband NRW aufzeigen soll.

Wir werden das oben genannte Programm noch öfter bemühen müssen, um die Widersprüchlichkeit von programmatischem Anspruch und alltäglichem Handeln aufzuzeigen.

Anfang 1983 haben wir unseren Betrieb von Neuss-Land nach Düsseldorf verlegt und produzieren heute (eine Frau, drei Männer) in den Formatbereichen A4 bis 50 X 70 cm. Mit dem Umzug verbunden war ein erheblicher Anstieg aller Festkosten, so daß wir eigentlich nur bei einer kontinuierlichen Auslastung unserer Produktionskapazitäten einigermaßen über die Runden kommen. Diese ist aber nur periodenmäßig gegeben, sie folgt mehr kurvenartig dem Verlauf 'politischer Konjunkturen'.

PROGRAMM UND PRAXIS

Da wir mittlerweile für einen großen Teil der linken und fortschrittlichen Initiativen und Verbände in Düsseldorf und Umgebung drucken, war für uns insbesondere das nur sporadisch zustande kommende Zusammenarbeiten mit dem LV der GRÜNEN auffallend, wofür uns allerdings die Gründe unklar blieben. Fest stand nur: Es gibt ein doch ganz erhebliches Volumen an Druckaufträgen, nur landen diese nicht dezentral bei den verschiedenen Alternativ-Druckereien NRW's (fast alle dieser uns bekannten Druckereien klagen über ähnliche Probleme mit dem Landesverband), sondern sie landen bei einem Schnelldruck in Düsseldorf (der mittlerweile ihrem Stammkunden auch 25% Preisrabatt gewährt).

Im bereits oben zitierten Programm der GRÜNEN heißt es: "So gering der gesamtwirtschaftliche Beitrag selbstorganisierter Projekte heute noch sein mag, so groß ist ihre Bedeutung als Feld wichtiger sozialer und politischer Experimente. (...) Wir be- trachten es deshalb mit Sorge, daß heute - gerade in der Krise - alternative

Kleinbetriebe (...) nur begrenzte Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten haben. (...) In der Krise verschärft sich der Auslese-Prozeß unter den konkurrierenden Alternativ-Projekten selbst als auch gegenüber den gewinnorientierten Kleinunternehmen".

Unsere Unzufriedenheit über die vom grünen Landesverband gehandhabte Praxis bei der Vergabe seiner Druckaufträge im Widerspruch zu doch zentralen Aussagen des Programms der GRÜNEN hat uns dann im Februar dieses Jahres dazu bewegt, uns in einem Brief an die Landesgeschäftsstelle zu wenden, in dem wir auch unsere Kritikpunkte darlegten.

Ergebnis dieses Briefes war ein kurzes Gespräch mit einem Mitglied der Geschäftsstelle und die Zuteilung eines Druckauftrages für die Materialien zur Landesdelegiertenkonferenz.

Damals wurden uns im wesentlichen drei Gründe für die häufige Vergabe der Druckaufträge an Schnelldruckereien genannt: Unkenntnis über die Existenz der verschiedenen Alternativbetriebe durch wechselnde Besetzung der Geschäftsstelle, teilweise Gedankenlosigkeit und auch Bequemlichkeit. Beim Stamm-Schnelldruck könne man auch schon mal Chaos anrichten, so etwa nach Indruck-Gabe noch Umstellungen und Änderungen vornehmen, was dann allerdings auch seinen Preis hat. So wurden die kompletten Materialien einer der letzten Landesdelegiertenkonferenzen beim Schnelldruck gedruckt. Wir hatten die Gelegenheit, nachträglich einmal den Druckpreis nach unserer Preisliste zu kalkulieren und lagen da bei ca. 50 Prozent der von den GRÜNEN bezahlten Druckkosten.

Nach dem so einmal aufgenommenen Gespräch wurde es dann wieder für Monate still um den grünen Landesverband. Es gab nur noch mal zwei oder drei Anfragen über extrem kurzfristig zu erledigende Drucksachen. Das lief dann jeweils etwa so ab: Freitags nachmittags ein Anruf, ob wir bis Montag vormittag eine kleine Broschüre fertigen könnten. Da wir nicht vorhatten, nur den Lückenbüßer abzugeben, zumal das ja für zwei von uns Wochenendarbeit bedeutet hätte, waren wir zu solchen Sprüngen nicht bereit. So gab es dann noch einige Reibungspunkte. Wir hatten z.B. telefonisch einen Druck- und Fertigstellungstermin für 3000 A 4 Flugblätter mit einer Erklärung der GRÜNEN zur 35-Stunden-Woche zugesagt. (Zu diesem Zeitpunkt war der Druckerstreik bereits praktisch zu Ende, die Erklärung kam also ziemlich spät). Mit der Druckvorlage wurde uns dann ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, der eine Konventionalstrafe in Höhe von 1000 DM vorsah, für den Fall der Nichteinhaltung des Fertigstellungstermins. Solche Umgangsformen sind wir allerdings von keinem anderen unserer Kunden gewohnt. Da sich also nichts Grundlegendes verändert hatte, haben wir uns in den letzten Wochen nochmals um Gespräche mit der Landesgeschäftsstelle bzw. dem Landesverband bemüht. Ein erstes Gespräch verlief praktisch ergebnislos, da wir offensichtlich an einen nicht zuständigen Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle geraten waren. (Weshalb wir auch auf dessen z.T. haarsträubenden Erklärungen hier nicht mehr eingehen wollen).

ÄNDERUNG IN SICHT ?

Ein weiteres Gespräch, das auch auf Initiative von Mitgliedern des Düsseldorfer Kreisverbandes und des NETZWERKS zustande kam, läßt immerhin eine Änderung versprechen.

Mit einem Mitglied des Landesvorstandes wurde im Groben folgendes abgesprochen:

Alle etwas längerfristig planbaren Druckaufträge sollen gleichmäßig dezentral auf die verschiedenen Alternativdruckereien NRWs verteilt werden. Hier besteht das Problem, daß in der Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN zumindest keine vollständige Liste dieser Druckereien existiert, zum anderen es das auch schon einmal im Wandelsblatt angesprochene Phänomen gibt, daß 'gewinnorientierte' Druckereien inzwischen zu 'Alternativ'betrieben avanciert sind, weil bei ihnen ein nicht unerheblicher Teil grüner und 'Szene' druckaufträge landet.

Auch bei äußerst kurzfristigen Druckaufträgen, die etwa die Hälfte des zu vergebenden Druckvolumens ausmachen sollen, wird in Zukunft zunächst mal bei den Alternativbetrieben zumindest in der näheren Umgebung angefragt. Für uns wie wahrscheinlich auch für andere taucht hier dann allerdings das Problem auf, so kurzfristig nicht immer freie Produktionskapazitäten zu haben, so daß solche Druckaufträge nur abzuleisten wären durch zusätzliche Sonderschichten oder aber eben durch Verschiebung anderer Aufträge nach hinten, wozu wir allerdings im letzteren Fall nicht bereit wären.

NOTWENDIGE MASSNAHMEN

Als zunächst wichtigste Maßnahme wäre die Erstellung einer vollständigen Liste der Alternativdruckereien notwendig. Diese Liste sollte auch eine kurze Auflistung der Fertigungsmöglichkeiten beinhalten wie Druckformate, Vierfarbdruck, Weiterverarbeitung etc. Die Erstellung einer solchen Liste haben wir übernommen. Schickt also eure Auflistungen an untenstehende Adresse.

Zum anderen schlagen wir - am besten über das Netzwerk zu organisieren - ein Treffen der Druckbetriebe vor, wo wir abklären könnten, ob und wenn wie Möglichkeiten auch einer schnellen Kooperation geschaffen werden könnten.

Winnie für das Druckerkollektiv TIAMATDRUCK, Luisenstraße 69, 4000 Düsseldorf 1
Tel: 02 11/37 94 00

Sorgfalt ist gut...

Kontrolle ist besser!

Oktoberdruck gibt es seit fast 12 Jahren. Erst in den letzten 11 Monaten wurde die Entwicklung von Kontrollsystemen erheblich vorangetrieben und hat uns geholfen, die Schwundrate zu senken und die Qualität zu steigern.

Wir machen derzeit Reproduktion und Druck von Zeitschriften und Büchern, Plakaten u. ä., drucken auf einer zweifarben GTO-ZP und einer zweifarben Miller TP36S-SW. Die Druckformherstellung erfolgt fast ausschließlich über Positiv-Platten, in der Kamera wird überwiegend mit Copyproof gearbeitet. Auf der Positiv-Montage basieren die in der Folge beschriebenen Kontrollen:

Repro: Aufrasterungen - Kontrolle mit dem Fadenzähler. In der Regel soll so belichtet werden, daß in den Tiefen 95 - 100% erreicht werden, in den Spitzlichtern 5 -0%. Durch einen generell zur Vorlage dazugelegten Aufsicht-Graukeil kann der Tonverlauf beurteilt werden.

Filmmontage: Wir haben für die verschiedenen Standardformate und Bindearten spezielle Standbögen, auf denen das jeweilige Format als Millimeterfeld angelegt ist, während dazwischen liegende Beschnitte ausgespart sind. Das erleichtert das einheitliche Ausrichten des Satzspiegels, von Abbildungen usw.

Nach dem Ausschießen und Montieren werden zuerst vom Montierer und dann von einem weiteren Kollegen folgende Punkte kontrolliert:

1. Richtig ausgeschossen?
2. Falzmarken, Anlagemarken, Meßbalken, Etikett der Montage, Flattermarke montiert? (Balken auf dem Bund bei Klebebindungen. Sie werden von Bogen zu Bogen 5 mm tiefer montiert und ermöglichen dem Buchbinder auf einen Blick die Kontrolle, ob die Bögen in der richtigen Reihenfolge zusammengetragen wurden und richtig gefalzt sind.)
3. Abstand des Satzspiegels zum Kopf und Bund, Beschnitt richtig?
4. Stimmt die Position der Seitenzahl?
5. Sind alle Abbildungen seitenverkehrt montiert worden?
6. Sind alle Extrateile montiert und ggf. Einkopierungen/Umkopierungen vorgenommen worden? Bei umfangreichen Arbeiten sollte ein Layout-Muster vorliegen oder eine Seitenliste, in die alle Extrateile und -Arbeiten einzutragen sind).

Der kontrollierende Kollege muß anhand des Auftragszettels überprüfen, ob wirklich das richtige Format und die richtige Bindung gewählt wurde (z. B. Klebebindung oder Rückstichheftung zu 8, 16, 32 Seiten). Nach dieser Kontrolle werden die Montagen von Vorder- und Rückseite aufeinandergelegt und überprüft ob wirklich alles übereinandersteht.

Dann werden die Filmmontagen für beide Seiten eines Druckbogens auf dem Lichttisch passgenau auf beidseitiges Lichtpauspapier geklebt und im Plattenkopierer belichtet. (Beidseitiges Lichtpauspapier im Format 70x100 kostet ca. 2 DM pro Bogen). Nach dem Entwickeln in Ammoniakgas wird die Lichtpause gefalzt, geheftet und auf Endformat beschnitten dem Kunden zur Ansicht und Druckfreigabe vorgelegt. (Die Strichwiedergabe ist recht exakt, Aufrastern fallen etwas heller aus.)

Alle Korrekturwünsche werden in die Lichtpause mit Rotstift eingetragen, die ausgeführte Korrektur wird abgehakt. Zusätzliche Kontrollen für mehrfarbige Aufträge z. B. Buchtitel:

1. Richtige Rückenstärke berechnet?
2. Vollständig und alles in der richtigen Farbe und Größe?
3. Wie steht die Rückenzeile?
4. Kopfbeschnitt bei Doppelnutzenproduktion vorgesehen?
5. Notwendige Überfüllungen für Strich-Raster berücksichtigt?
6. Farbsatzkontrolle.

Danach wird die Schwarzform auf Lichtpauspapier oder Copyproof-Papier belichtet, die Farben werden auf farbige Folien* in den Grundfarben rot (magenta), blau, gelb im Plattenkopierer kopiert und in Positiventwickler entwickelt. Dann werden sie auf die Kopie der Schwarzform geklebt und das Muster auf Endformat beschnitten dem Kunden zur Kontrolle vorgelegt.

Plattenkopie: Vor der Plattenkopie wird im Kopierer nach Butzen (Popeln) sowie nach Schnittkanten und Tesafilm unter oder dicht am Druckbild gesehen um Hohlkopien zu vermeiden. Bei den entwickelten Druckplatten werden Tonraster und Aufrasterungen eingefärbt (Kalle Schutzfarbe RC 43), um Hohlkopien rechtzeitig vor dem Druck zu erkennen. Belichtung und Entwicklung der Platten werden über einen mitkopierten Halbtonkeil kontrolliert.

Kontrolle im Druck: Nach dem Einrichten wird ein Bogen gefalzt und auf Endformat beschnitten, mit der Lichtpause verglichen - wurden alle Korrekturen ausgeführt? Kontrolle auf Hohlkopien, nochmalige Kontrolle auf Stand des Satzspiegels auf dem Leuchtfeld des Kontrollpultes, Vergleich mit den Angaben des Auftragszettels.

Während des Fortdruckes zusätzliches Messen der Einfärbung auf dem 4 mm breiten

Meßstreifen im Beschnitt. (Dieser Meßstreifen erhöht auch die Farbabnahme und läßt damit Minus-Korrekturen schneller wirksam werden.

Kundenreaktion: Unsere Kunden haben die Kontrollmöglichkeit der Lichtpausen positiv aufgenommen, obwohl sie dafür extra kommen müssen. Dabei machen sie häufig von der Möglichkeit Gebrauch, noch eigene Fehler korrigieren zu lassen.

Für die Wintertage bieten wir eine Arbeitsgruppe über unsere Druckformherstellung an. Wir bitten aber um vorherige **schriftliche** Anmeldung.

Ingrid und Constantin/Oktobdruck

* (Bezugsquelle für Lichtpausmaterial im Fachhandel, für die Farbfolie für Positiv- oder Negativ-Kopie: Tenoplast GmbH, Unnauer Weg 6, 5000 Köln 71, Tel.: 0221/79 44 79)

Schreinerei: Probleme mit der Zukunft

Auf dem Schreinerntreffen bei uns in Aachen gab es eine Arbeitsgruppe mit dem Thema "Erfahrungsaustausch zwischen bestehenden Betrieben".

Teilnahmen neben einigen "Zuhörern" Schreiner/innen aus 5 Betrieben in Krefeld, Wuppertal, Köln, Freiburg und ich aus Aachen. Ich will schreiben über das, was dort geredet worden ist, neben den Gedanken, die mir während dessen und hinterher durch den Kopf gegangen sind. Schon bei der Vorstellung zeichneten sich große Unterschiede heraus.

Die einen haben das Glück, so viele Ökokunden zu besitzen, daß sich die Produktion auf biologisch behandelte Massivholzmöbel beschränkt.

Die anderen hatten vom Dauerstreß die Nase so gestrichen voll, daß sie die Arbeitsteilung einführten, so daß im Rotationsprinzip jeder einmal organisiert und die anderen in Ruhe arbeiten können.

Wieder andere grübelten, ob sie 70.000,-DM für nötige Investitionen sich pumpen sollten oder nicht usw.

So waren in der Arbeitsgruppe die Themen vorgegeben.

Ein heikler Punkt war die Frage: Darf ein kollektiver holzverarbeitender Betrieb Spanplatten verarbeiten?

Die Diskussion verlief konträr. Es stand gegeneinander überspitzt formuliert: Entweder wir arbeiten rein ökologisch, also ohne Spanplatte und Nitrolack und passen so die Größe des Betriebes der Nachfrage an, oder wir sind ein Kollektiv von so und so vielen Leuten, müssen den Umsatz machen und führen dazu die Aufträge aus, fast egal, wenn wir dabei auch Spanplatte verbraten. Die große Annäherung fand bei dieser Diskussion nicht statt.

Ich bin in diese Diskussion rein- und rausgegangen mit dem egoistischen, nicht einem allgemeinpolitischen Anspruch. Ich will in einem selbstverwalteten Betrieb arbeiten und nicht zurück in eine herkömmliche Schreinerei, nur weil nicht genügend Ökofreaks meine Möbel kaufen wollen.

Damit taucht auch gleichzeitig die Frage nach der Wirtschaftlichkeit auf. Es geht nicht nur darum, selbst entscheiden zu dürfen, wo und wie ich arbeite, ob ich Kiefer oder Spanplatte verbrauche, sondern, wenn ich mich schon für einen Arbeitsplatz in einem Kollektiv entscheide, so möchte ich auch davon leben können und dies nicht nur am Rande des Existenzminimums.

Viele von denen, die jetzt in einem selbstverwalteten Betrieb arbeiten, sind noch unabhängig und ohne Familie. Sie juckt es nicht allzu sehr, ob sie 800,- oder 1500,-DM monatlich mit nach Hause nehmen. Der Spaß ohne Wirtschaftlichkeit findet seine

Grenzen, wenn Familie hinzukommt. Auch sollte nicht nur den Kindern zuliebe die wöchentliche Arbeitszeit von 50, gar 60 Stunden merklich schrumpfen.

Es geht nicht an, wie es bei uns in Aachen passiert, daß Gewerkschaftskollegen uns unserer Löhne schelten, weil sie nach gekündigten Tarifverträgen Druck von der Arbeitgeberseite bekommen: Seht mal in die Alternativbetriebe, die arbeiten auch mit Niedriglöhnen und sie zerstören eure Arbeitsplätze.

Wir wollen und sollten keine Preisbrecher sein. Und wir sollten uns weniger und nicht mehr ausbeuten, als in herkömmlichen Betrieben ausgebeutet wird.

Fazit: Wir sollten nicht versuchen, autarke Spielwiesen für Einzelgänger zu bauen, sondern wirtschaftliche und humane Betriebe aufzubauen. Wir können uns von der Handwerksordnung, von Steuergesetzgebung etc. nicht unabhängig machen. Was wir wohl versuchen können, ist, selbst soviel Stärke zu erreichen, daß wir Einfluß darauf nehmen. Und dafür ist wirtschaftliche Unabhängigkeit Voraussetzung.

Uns könnte allerdings der Vorwurf gemacht werden, wir würden uns auf Kosten der Ökologie in dieses Wirtschaftsgetümmel schmeißen und aus Geldgier weiterhin Spanplatten verbraten.

Dazu: Ich stehe zu meinem alternativen Arbeitsplatz (die Manuskripttipperin: ich stehe nicht zu dem alternativen Wortschatz) und dieser ist für mich eine sehr bedeutsame, sehr wichtige Alternative zur herkömmlichen. Und von diesem Arbeitsplatz aus versuche ich, Kunden zu finden oder Kunden zu überzeugen, damit ich ihnen umweltfreundliche Produkte herstellen kann. Doch nicht jeder ist dafür aufnahmefähig bzw. -willig oder fähig zu bezahlen.

Soll ich ihn deswegen gleich rauswerfen und/oder zu IKEA schicken? Über kurz oder lang, wenn sich die Schreinerkollektive häufen, ist der Markt der Ökofreaks schnell abgegrast.

Wir können einerseits versuchen, unsere Kunden aufzuklären, beim Verkauf eines Spanplattenmöbels die Gasmasken gleich mit anbieten, aber wir können sie bei weitem nicht zwingen. Viel mehr finde ich Überlegungen wichtig, sich auch selbst anzupassen an den enger werdenden Markt, das Geld für eine vernünftige Absauganlage zu investieren oder aber auch für eine Naßspritzwand, was bei weitem nicht heißen soll, das Biowachs und das Massivholz aus den Augen zu verlieren.

Für Zuschriften ans Wandelsblatt bezüglich Thema Holz gilt der Termin 10.1.85.

Anschrift: HandwerkerGenossenschaft, Ado, Verbindungskanal linkes Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1

Wenn wir, wie Guido aus Krefeld vorschlug, auf die Dauer Einfluß nehmen wollen, ist es nicht damit getan, sich mit Aufträgen von 3000,- der 5000,- DM durch die Monate zu schlagen.

Es läßt sich sehr gut mit dicken Aufträgen arbeiten und wir sollten keine Angst haben, an Ausschreibungen und Großaufträgen teilzunehmen. Nur so wirft man/frau

ein Auge auf uns, und so kriegen wir Einfluß, auch wenn wir vorläufig noch gezwungen sind, Plattenware zu verarbeiten.

Aber wie sollten Großkunden sonst die Nase an formaldehydfreie Produkte kriegen oder von deren Existenz erfahren.

Unsere Praxis bestätigt dies. Diese Großaufträge bringen auch eine ganze Reihe Vorteile mit sich. Durch größeren Einkauf lassen sich wesentlich günstigere Einkaufsbedingungen auch auf Dauer aushandeln. Wir brauchen unsere Zeit nicht mehr durch Fahrten zu den Zulieferern verbringen, sondern sie kommen zu uns. Das Preisniveau sinkt, egal, ob bei Holz oder Eisenwaren, um 30%.

Wir können langfristiger die Auftragsituation planen, und der Arbeitsaufwand wird ruhiger und regelmäßiger.

Hört sich gut an und ist auch so. Damit wäre ich beim Thema Organisation. Alle selbstverwalteten Schreiner der Arbeitsgruppe stöhnten über Dauerstreß und stetig rauchende Köpfe. Diese Symptome wurden zum Aufhänger der Diskussion "Arbeitsteilung: Ja oder Nein"! Die Schreiner aus Krefeld waren in den Augen der anderen sehr rabiät dagegen vorgegangen, indem sie eine quartalsmäßige Rotation einführten, in der einer eine Zeit lang organisiert, Aufträge ranschafft, Arbeit vorbereitet und die übrigen in Ruhe schreinern. Dabei wurde bei allen anderen die Angst deutlich vor der konventionellen Chef-Rolle. Deutlich war das Argument aus Krefeld, daß neben überdurchschnittlichen Löhnen nur circa 15 Stunden pro Woche insgesamt an unproduktiver Zeit anfiel bei 5 Leuten, wobei sonst pro Nase pro Woche acht bis zehn dieser Stunden anfielen. Dennoch erscheint mir dieses System zu hierarchisch und zu wenig selbstverwaltet. Wir in Aachen sind auf der Suche nach einem Kompromiß und versuchen es jetzt mit einem Springer-System. Die Idee, die wir jetzt seit ein paar Wochen zu realisieren versuchen, beginnt mit der Auftragsplanung. Wir sind 5 produzierende Leute. Mindestens einer geht bei der Arbeitsverteilung leer aus. Er ist der Springer und kümmert sich um die Ausführung von Kleinaufträgen, kümmert sich um die Zulieferer, macht Angebote, holt die Aufträge rein für die nächsten Monate und dies so lange, bis ein anderer seine Arbeit in Ruhe gänzlich abgeschlossen hat. Dieses System ist flexibel.

Der Springer behält seine Aufgabe für 3 oder 4 Wochen und die anderen sind erheblich entlastet. Ich finde dieses System freier und vielleicht ergiebiger als eine quartalsmäßige Organisation, weil der Springer während seiner Zeit sich die Aufträge für hinterher selbst holt und kalkuliert, um sie dann in aller Regel auch selbst in Ruhe auszuführen. Mir geht es seit der Einführung dieses Versuchs viel besser. Ich habe den Kopf frei für die Arbeit, die ich gerade mache, kann endlich einmal den ganzen Tag, die ganze Woche kontinuierlich arbeiten, ohne laufend durch Telefonate, Anfragen, Laufkundschaft unterbrochen zu werden, dafür ist der Springer da.

Was ich jetzt hier zusammengetragen habe, möchte ich nur als Anriß der Probleme verstanden wissen, vielleicht als Diskussionsgrundlage für das nächste Schreinertreffen in Freiburg im März 1985.

Harald Schmitz-Reiber

Branchentreffen: Techniker

Für Leute, die daran arbeiten, Technik zu entwickeln oder zu verändern. Es wäre gut, wenn wir diesmal etwas mehr an vorbereiteten Themen diskutieren könnten, damit dabei mehr herauskommt, als unterhaltsame Stunden. Da wir aber keine Lust haben, ins Blaue irgendwelche Themen vorzubereiten, die vielleicht keinen interessieren, bitten wir euch, uns mitzuteilen, woran ihr Interesse habt. Mögliche Bereiche wären zum Beispiel: Wollen wir die Massen mit billig in Großserien gefertigten Produkten beglücken oder unsere kleine, überschaubare Büro- und Werkstattwelt erhalten und die Versorgung mit Waren den Kapitalisten überlassen? Wie ist das Verhältnis zu Handwerkskollektiven (z.B. als Unterauftragnehmer oder Zulieferanten)? Wie stehen wir zu bürgerlichen Kleinunternehmern in unserer Branchen? Wie kommen wir mit unserem Vertrieb klar? Also noch mal: Es wird nichts vorbereitet, wozu keine Resonanz kommt. Wenn ihr was zu einzelnen Themen vorbereiten würdet, wäre das natürlich hervorragend.

Kontaktadresse: Eu-Tech (Burghard) bei Wuseltronick, Gneisenastr. 2, 1 Berlin 61.

Über Ökobauer und Solarplaner

Anläßlich der Wintertage dieses Jahres in Berlin, in Ansätzen auch schon bei der Projektmesse in Frankfurt' 83, haben wir zum ersten mal Planungsgruppen, Ingenieurbüros und Handwerkskollektive auch in Westdeutschland kennengelernt. Bis heute höchst erfreulich. Bei unseren Treffen wurde zunächst über uns und unsere Arbeit geredet - so allgemeines Kennenlernen usw. Immerhin kam es auf der diesjährigen Projektmesse zu einem Gemeinschaftsstand von Büros aus Berlin, Hannover und Hamburg.

Bislang hat sich erstmals ein konkretes Thema herauskristallisiert - das ökologische Bauen. In Frankfurt gabs dazu eine nicht sonderlich erfolgreiche Diskussion. Es türmt sich ein Berg von Allgemeinwissen, Vorurteilen und aktuellen Modeerscheinungen auf. Das Kork, Jute u.ä. was "biologisches" ist, hat sich irgendwie herumgesprochen. Auf jedem Büchertisch liegen eine Unmenge von Erfahrungsberichten, von denen die meisten leider für die Praxis noch nicht besonders dienlich sind. Beispielsweise sind die Prinzipien der "passiven Solararchitektur" oft recht gut beschrieben. Konkret führt eine unkonventionelle Planung jedoch sofort zu einer Fülle von Detailproblemen, die entweder besonders aufwendig oder - weil billiger - mit jeder Menge Plastik in allen Erscheinungsformen gelöst werden. Nun sollen sich aber derlei Ansprüche weder auf Chefarzt-Villen beschränken noch die "Fluß- und Luftvergiftenden" Umsätze von Bayer-Leverkusen erhöhen. Logische Folge war der Wunsch, auf möglichst breiter Ebene das verstreut aber durchaus vorhandene Wissen um gute und trotzdem billige Lösungen auszutauschen. Mit diesem Ziel wurde Anfang November in Eldagsen bei Hannover ein Wochenendseminar veranstaltet, auf dem sich ca. 25-30 Kollektive und Einzelpersonen getroffen haben (die Handwerker waren glücklicherweise in der Mehrzahl). Wir empfanden die Diskussionen dort als sehr gut - mal abgesehen von dem angenehmen Drum und Dran - diese gastliche Stätte ist wirklich zu empfehlen. Dieses Seminar wird wiederholt und ein weiterführendes ist geplant (s. auch Seminarankündigung in dieser Ausgabe).

Für die Wintertage in Berlin war eigentlich eine ähnlich gelagerte Veranstaltung geplant, wurde aber wieder gestrichen in der Erkenntnis, daß es eigentlich keinen Sinn mehr bringt, auf allgemeiner Ebene über "ökologischen Bau" zu reden, wenn wir bereits solche Seminare zustande kriegen. Ein Problem wird sicherlich die möglichst große Verbreitung der auf solchen Seminaren errungenen Ergebnisse sein. Die Gruppe in Eldagsen würde dies mit Sicherheit überfordern. Wir wollen dies auf den Wintertagen ansprechen.

Es werden wieder die einzelnen Branchentreffs stattfinden, so auch das für Planer. Wir hoffen, daß sich diesmal noch ein paar Gruppen dazugesellen, mit denen wir bis heute noch keinen Kontakt haben.

Kontakt: Baubüro Schöneberg, 1000 Berlin 62, Crellestraße 43, Tel. : 030/781 10 50

Ein anderes Thema möchte ich noch ansprechen: Auf dem erwähnten Seminar in Eldagsen habe ich es als sehr angenehm empfunden, daß Handwerker und Planer zusammensaßen. Solche Gespräche finden viel zu selten statt. Denn beide Gruppen sind betroffen von einem Problem, das uns zunehmend zu schaffen macht: die sich unter dem Druck der äußeren Gegebenheiten immer stärker verhärtenden Umgangsformen am Bau. In Berlin scheint dies besonders nervend - eine Folge des Umstandes, daß hier praktisch jeder Bau mit den entsprechenden Auflagen öffentlich gefördert ist und den durch das Berlin-Förderungsgesetz entstandenen Überkapazitäten auf dem Baumarkt. Wir stehen vor der Perspektive, daß bald jede Garage nur noch über ausgefeilte Ausschreibungen vergeben wird und anschließend mit der Atmosphäre einer Saudi-Arabischen Großbau- stelle hochgezogen wird. Wir müssen mit ansehen, wie mittelständische alte Handwerksbetriebe nicht an fehlender Qualität sondern mangels Cleverness und durch den Kostendruck kaputt gehen und stehen dabei vor der Alternative, dieses böse Spiel mitzuspielen oder selber Pleite zu gehen. Der Konflikt mit unseren ursprünglichen Ansprüchen wird immer größer: Inhaltlich sollte der Bezug zur Arbeit wieder entstehen, wir wollten für uns die zunehmende Spezialisierung am Bau, die Auftrennung in immer mehr Einzelfachgebiete nicht mitmachen. Darüber hinaus haben wir uns darüber Gedanken gemacht, wie die immer stärker werdenden Hierarchien bei einer Bauleitung zu verhindern sind. Tatsächlich wächst mit der Angst, bei Ausschreibungen und Verträgen über den Tisch gezogen zu werden oder vor dem ständigen Versuch der Bauherren mit allen Tricks die Abrechnungen zu kürzen auch die Angst, selbstverantwortlich Arbeiten durchzuführen, Vereinbarungen mal nicht schriftlich zu treffen usw. Die am Bau beschäftigten Gewerbe grenzen sich peinlich genau gegeneinander ab, gegenüber dem Bauleiter erfolgt manchmal so was wie "Dienst nach Vorschrift".

Die Wohnungsbauförderung in Berlin legt für alle Baumaßnahmen Qualitäts- und Preisstandards vor (vor allem bei dem so gepriesenen Selbsthilfeförderprogramm, das nun auch nach Westdeutschland exportiert werden soll), die kaum miteinander in Einklang zu bringen sind. Das wiederum führt dazu, daß selbst die Selbsthilfegruppen (denen zu- mindest im Ansatz ein bewußteres Vorgehen unterstellt werden sollte) aus lauter Angst vor den fast zwangsläufigen Defiziten einen schweren Kostendruck auf Planer und Handwerker ausüben. In Westdeutschland bemühen sich einige Gruppen, auf kleineren Baustellen alles in eine Hand zu nehmen - offenbar auch mit Erfolg. Von dem weit vorsichtigeren Ziel, eine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Handwerkern zu fördern, gemeinsam technische Probleme zu beackern und eine in diese Richtung offene Planung zu machen sind wir weit entfernt. Im Gegenteil müssen wir damit rechnen, zur Verantwortung gezogen zu werden, wenn wir nicht in allen Besprechungen mit größtmöglicher Härte und Verhandlungsgeschick vorgegangen sind - Kollektiven oder Normalbetrieben - egal wem gegenüber.

Mit einer Baumeistertradition, von der viele träumen, hat das alles nichts mehr zu tun

- auch die zunehmend wieder auftauchende Zimmermannskluft hilft da nicht. Es mag sich kitschig anhören - aber jeder von uns möchte eigentlich mal in halbwegs offener Atmosphäre mit Handwerkern Vereinbarungen per Handschlag treffen und sich dann darauf verlassen können - Is' nicht. Davon, daß in diesem ganzen Heckmeck viele baubiologische Ansprüche auf der Strecke bleiben, will ich gar nicht erst anfangen.

Das alles hört sich erst mal sehr weinerlich an - der böse, böse Markt macht mir alles kaputt! Soll es aber nicht sein, lediglich eine Beschreibung der Situation und ein dringender Vorschlag, dies zu einem Thema des Planer-Branchentreffs auf den Wintertagen zu machen.

Es ist auch zu überlegen, ob nicht ein gemeinsames Treffen mit Handwerkern in Frage kommt. Gerade in Berlin sind wir ja (wie in Westdeutschland mitunter neidvoll festgestellt wird) mit Kollektiven aller Art reichlich gesegnet. Leider gibt es bei der Zusammenarbeit einige Probleme, über die zu reden angebracht wäre. Daß Kollektive bei der üblichen Ausschreibungspraxis meistens nicht mithalten können (was sicher z.T. an der kollektiven Betriebsstruktur liegt), ist die eine Seite. Eine andere ist, daß es oft bei der Arbeit an Professionalität mangelt - was auch noch nachvollziehbar ist - würde dieser Mangel nicht mitunter selbstbewußt kultiviert werden. Das betrifft so banale Dinge wie Arbeitszeit, aber auch das Einhalten von Kostenvoranschlägen und Zeitplänen. Der Handwerksbetrieb "Um die Ecke" ist manchmal wirklich bewußt vorzuziehen - und so sollte das ja eigentlich nicht sein.

Es geht dabei nicht darum, den Kosten- und Zeitdruck, den ich eben noch beklagt habe, auf andere abzuwälzen. Wir stehen aber sehr oft in der Situation, irgendwelchen Kunden die Arbeit von Kollektiven verkaufen zu wollen. Wir haben schon die größten Schwierigkeiten bekommen, wenn anschließend Pfusch abgeliefert wurde. Ich habe auch keine Lust mehr auf den Widerspruch zwischen dem eigenen Ärger und der irgendwie verbliebenen Solidarität mit dem Kollektiv dem Kunden gegenüber. Spätestens an diesem Punkt kommt dann in der Regel der Gegenangriff - die Architekten bzw. Planer hätten ohnehin keine Ahnung vom jeweiligen Handwerk und ihre Anwesenheit wirkte eher störend auf die Arbeit. Das mag oft der Fall sein, aber wir müssen uns das gegenseitig sagen lassen. Ich denke, die bestehende rigorose Trennung zwischen Planung, Bauleitung und Handwerk kann nur verringert werden, wenn zunächst die jeweils eigenen Verantwortungsbereiche gemeinsam definiert werden. Wenn z.B. der Handwerker vom Architekten Ausführungszeichnungen bis hin zum letzten Nagel verlangt, darf er sich hinterher nicht über dessen mangelnde handwerkliche Kenntnis beklagen. Es soll hier und da heute noch so sein, daß der Architekt dem Zimmerer, Maurer oder Installateur die Lösung des einzelnen Baudetails völlig überläßt - ich habe dies leider erst selten erlebt, aber wir möchten wieder dahin kommen. Das entspricht sicher auch eher einem handwerklichen Selbstverständnis.

Über dieses Thema wurde bereits in Frankfurt geredet - ich würde dies gern in Berlin weiterführen.

Axel

Ökobank: Vereinsnachrichten

Liebe Freunde und Förderer der Ökobank,

nachdem die Regionalisierung des Ökobankvereins auf der MV vom 13.10.84 (siehe Wandelsblatt vom November 84) eingeleitet wurde, galt die hauptsächliche Aktivität im November dem Aufbau regionaler Vereinsgruppen. Die Aufbauarbeit läuft nicht überall gleich. In manchen Städten hat die Diskussion erst begonnen und es wurde von verschiedenen Gruppen - Netzwerk, Friedensinitiativen, Buchläden - eine Informationsveranstaltung organisiert, auf der wir das Ökobankprojekt vorstellen konnten. So in Mannheim, Tübingen, Hannover, Trier, Minden und Kempten.

In Hamburg, Koblenz, Nürnberg, Augsburg, Göttingen und München läuft der Aufbau von Unterstützerkreisen gerade an. In Berlin und NRW wurde bereits am 27.11. bzw. 24.11. in Richtung: Gründung eines Ökobank-Landesverbandes diskutiert. Über die Auswertung dieser Aktivitäten können wir erst in dem nächsten Wandelsblatt berichten (Redaktionsschluß war 14.11.84).

Die politische Vernetzung des Ökobank-Projektes braucht seine Zeit und geschieht nicht über Nacht. Gerade in den sogenannten strukturschwachen Gebieten scheint die Ökobankgründung einen neuen Ansatzpunkt für gemeinsame Diskussionen der Projekte mit ihrem Sympatisantenfeld zu bieten. Welche Strukturen sich dabei entwickeln ist noch nicht klar.

Die Resonanz des Ökobankprojektes drückt sich u.a. auch in Zahlen aus. Die Einzahlungen für das Startkapital für die Ökobank auf dem Treuhandkonto sind sprunghaft angestiegen - zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen bereits wöchentlich DM 100.000 ein. Da die Anzeigenwerbung noch bescheidene Ausmaße einnimmt, ist dies offensichtlich das Verdienst der aktiven Vereinsmitglieder. Fast ein Drittel der über 500 Vereinsmitglieder hilft dabei, das Ökobankprojekt zu verbreitern. Natürlich tragen auch die passiven Vereinsmitglieder dazu bei, daß diese Kampagne überhaupt finanziert werden kann. Aktive Vereinsmitglieder werden insofern bevorzugt behandelt, da sie als Multiplikatoren auch ständig Info-Material erhalten und auch den direkten persönlichen Kontakt aufbauen.

Und wie geht es weiter: Wir werden in den nächsten Wochen wieder eigene Informationsveranstaltungen organisieren, an Terminen steht bisher nur der 6.12. im Frankfurter Volksbildungsheim fest. Wir hoffen natürlich auch, daß wir zu vielen Veranstaltungen eingeladen werden, die von Gruppen vor Ort vorbereitet sind. Die kommende Entwicklung wird sicher auch dadurch geprägt sein, daß bei verschiedenen Organisationen (Grüne, BBU ...) und Projekten die Aufmerksamkeit gegenüber der Ökobankgründung enorm gewachsen ist. Eine Zusammenstellung dieser Unterstützerkreise werden wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

Die Finanzsituation des Vereins hat sich wesentlich verbessert. Dies liegt an dem

bereits erwähnten enormen Mitgliederzuwachs, aber auch daran, daß der Verein einige Direktkreditgeber gefunden hat, von dem Ökofond-Rheinland-Pfalz ein Risikodarlehen in Höhe von DM 6000 erhält und von dem Ökofond Schleswig-Holstein sowie von Netzwerk-Berlin eine Unterstützung zu erwarten ist.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung sind wir aber zur Zeit finanziell noch nicht in der Lage eine breite bundesweite Gründungskampagne zu tragen. Dabei ist die Aufklärung darüber, in welchen Kreisen unser Geld zirkuliert notwendiger denn je. Nicht nur bei dem gesamten Komplex der Zerstörungsproduktion, sondern auch im kleinen: Weihnachten steht vor der Tür und es werden wieder Milliarden für irgendwelche Schwachsinnprodukte ausgegeben.

Vielleicht sollte wieder an den Grundgedanken erinnert werden, daß Schenken jemand erfreuen soll. Das geht auch oder sogar besser mit Kleinigkeiten, obwohl es schwieriger ist. Und wenn es unbedingt viel Geld sein muß, es gibt ja auch Ökobank-Geschäftsanteile. In diesem Sinne herzlichst Feste feiern

Lothar Witte

WANDELSBLATT KURZKRIMI

Casablanca

in Kreuzberg



Aus Wandelsblatt Nr. 3 (Dezember 1984, Seite 10)

Wandelsblatt Kurzkrimi

Casablanca in Kreuzberg

Berlin-Kreuzberg, Donnerstag abend gegen 21 Uhr: Agent 4712 von der NÖC (Nationale Ökospardienst Companie) eilt mit großen Schritten über den ersten Hof des Gewerbekomplexes im Paul-Linke-Ufer 44a. Es ist kühl an diesem Abend im Spätherbst und 4712 zieht sich, fröstelnd, den Kragen seines Trenchcoats hoch. Gerade ist er dabei, die Durchfahrt zum 2. Hof zu durchqueren. Sein Schritt verlangsamt sich, als er das Ende der Durchfahrt erreicht hat. Vor ihm tut sich ein kleiner betonierte Platz auf; der Hof ist vollgestellt mit Autos, und es liegt der Geruch von Kunstharzfarbe und Verdünnungsmittel in der Luft. Rechts und links bzw. vor 4712 ragen in ungefähr 10 bis 15 m Entfernung gelb-graue Fassaden empor. Die kalte Dunkelheit im Hof wird durch einen bloßen Lichtstrahl gestört: Im 2. Stock des rechten Seitenflügels brennt im Büro von STATTwerke noch Licht. 4712 schaut, auf einmal sichtlich nervös, zum erleuchteten 2. Stock hinauf. Er fängt an, in seinen Hosen- und Jackentaschen zu wühlen, holt nach einiger Zeit des Suchens eine leicht lädierte Gauloises heraus; 4712 zündet sie, indem er sein ebenfalls herausgekrantes Streichholz mit einer flinken Handbewegung über den Beton der Hauswand schnellen läßt, an. Hastig zieht er an der Zigarette - dann macht er sich auf in Richtung STATTwerke-Büro. In Sekundenschnelle hat er den Treppenaufgang des 2. Seitenflügels erreicht. Hier angekommen, vermeidet 4712 alles was auffällig ist: Das Licht im Treppenhaus bleibt aus und die nur halb verbrauchte Zigarette wird weggeworfen. Oben im 2. Stock angekommen, hat 4712 Schweißperlen auf der Stirn; sein Herz schlägt 170. Deutlich hört er jetzt die Stimmen im STATTwerke-Büro. Hier unterhalten sich vier oder fünf Leute über ein brisantes Thema, das 4712

ganzes Interesse findet und das letzten Endes der Grund für sein nächtliches Kommen war.

Plötzlich ist das Treppenhaus für Sekunden mit lautem Getöse erfüllt: 4712 ist über eine leere Cola-Büchse gestolpert. "Scheiße" zischt es über seine Lippen. Drinnen bei STATTwerke ist für einen Augenblick "Funkstille", dann fragt jemand "watn detto?" "Vermutlich Elisabeth*) von unten", antwortet eine Frauenstimme und im gleichen Moment geht man im STATTwerke-Büro wieder zur Tagesordnung über.

4712, der schon eine leicht nach vorne geneigte Fluchtstellung eingenommen hatte, fällt ein Stein vom Herzen - "Gott sei dank", denkt er, "noch einmal Schwein gehabt". Und dann hört er etwas, worauf er eigentlich die ganze Zeit gewartet hat: Eine Frauenstimme verkündet im energischen Tonfall: "Die Netzwerker versuchen sich mit ihrem Kongreß 'Zukunft der Selbsthilfe' wieder mal in den Vordergrund zu spielen. Dabei kommt, wie üblich nur sozialdemokratisches Gesülze heraus, wie z.B. 'alternative Tarifverhandlungen'. Ich denke, wir sollten den Kongreß boykottieren. Außerdem haben wir mit denen*) sowieso noch ein Hühnchen zu rupfen. Also boykottieren wir! Alles klar?" Und dann hört 4712 wie alle im Chor murmeln "alles klar".

Eine andere Frauenstimme fährt fort: "Wenn wa uns einig sind, müssen wa nur noch den Kollektiven beipuhlen, det se mitziehen". Na gut, sagt ein anderer STATTwerkemitarbeiter, "ich knöpf mir die Drucker und Bäcker vor" - "und ick die übrigen Handwerker", meint die Frauenstimme von vorhin, "und ich die sozialen Projekte ...", und so ging es eine Weile noch weiter.

4712, der immer noch in der 2. Etage wie angewurzelt vor dem STATTwerke-Büro steht, ist das genug; er hat jetzt die Informationen, die er braucht und verschwindet auf leisen Sohlen. Schnell eilt er die Treppen hinunter, überquert, ohne sich noch einmal umzudrehen, den 2. und 1. Hof des Paul-Lincke-Ufer 44a.

Tags darauf trifft 4712 einen Journalisten vom Wandelsblatt im "Mirnikrie", dem er seine Spioniergeschichten erzählt. Der Wandelsblattredakteur ist ziemlich begeistert und klopf 4712 zufrieden auf die Schulter. Sie trinken noch einen Sherry und dann verschwinden beide aus dem Mimikrie; 4712 in die nächste Kneipe und der Wandelsblattredakteur in sein Büro, um eine Story zu den Spioniergeschichten von 4712 zu schreiben. Im folgenden einige Auszüge aus der Story: „Wortführer des Boykotts waren die Nobelalternativbetriebe um den „Lundkreis“ und ihrer Beratungsfirma STATTwerke; aus welchen Gründen sich die ASH Frankfurt abwechslungsweise wieder mal auf die STATTwerkeseite schlug, war nicht zu erfahren. Die Boykottgründe ließen an Fadenscheinigkeit nichts zu wünschen übrig (...). Es war ganz einfach der abgeschmackte Gegensatz von STATTwerken und Netzwerken Berlin, der in dem Boykottaufruf eine neue Blüte trieb“ (s. Michael Berger: Die Zukunft der Selbsthilfe - eine Tagung in Berlin -, in: Wandelsblatt, Nov. 84, S.2).

So war das also mit dem Boykott; unser Agent 4712 hat die Tatsachen ans Licht

gebracht. Allerdings blieb dabei die Wahrheit auf der Strecke. Die "wahren" Boykottgründe sollten dem Artikel von Monika entnommen werden. Hier haben diese Gründe nichts zu suchen, da es sich, wie bei dem Wandelsblattartikel zur Berliner Selbsthilfegruppe, eben nur um einen Wandelsblattkrimi handelt.

Marlene Kück

*) Unser Hofhund

Für wen arbeitet das Eigenkapital der Öko-Bank?

In der Hektik der Auseinandersetzungen um Gesellschaftsform und Strukturen der Öko-Bank ist eine wichtige Frage von prinzipiellerer Bedeutung ausgeklammert geblieben. Nachdem die Gemüter sich beruhigt haben, die Weichen hin auf dezentrale Strukturen gestellt sind und die gesamte Entwicklung (Mitgliederzahlen und Eingang von Treugeldern) einen ausgesprochen ermutigenden Verlauf nimmt, sollten wir uns dieser Frage wieder zuwenden.

Ich denke an die Treugelder und deren Verzinsung. Und ich will gleich dazu sagen, daß ich an diese Frage sicher sehr naiv herangehe, weil ich von den entsprechenden Gesetzen und Bestimmungen keine Ahnung habe. Um Aufklärung durch sachkompetente Zuschriften wird also dringend gebeten.

Wenn ich die Sache richtig sehe, werden beim jetzigen Stand der Dinge die Treugeber (also alle, die mindestens 100,- DM auf das Treuhandkonto eingezahlt haben) die späteren Genossen und also Anteilseigner (Besitzer) der Bank. Das Treugeld wird zu (Eigen-)kapital, und Kapital pflegt in d.u. Gesellschaft bekanntlich zu "arbeiten".

Die Arbeit dieses Kapitals besteht darin, Kreditgeschäfte zu gewährleisten, der Ertrag ist die Differenz zwischen dem Zins, zu dem Geld geliehen und dem Zins, zu dem es wieder ausgeliehen werden könnte.

Im Sinne einer Steigerung des Ertrags sind also alle Versuche, Geld billiger heranzuschaffen und teurer zu verleihen, also: möglichst weniger Zinsen für die Sparer, möglichst hohe Zinsen von den Kreditnehmern. Der Markt hält die Differenzen auf der Sparer-Seite in engen Grenzen (= Geld gibt's genug), mehr herauszuholen ist also nur auf der anderen Seite. Und auf der auch nicht beim Universitätsdozenten, der sein neues Katalysator-Auto über die Öko-Bank finanzieren will, und auch nicht bei allen anderen, die über ausreichende "Sicherheiten" verfügen (= die kriegen auch bei jeder anderen Bank Kredit), sondern bei der Risikokundschaft, denen, die nirgendwo Kredit kriegen, denen, deretwegen die Öko-Bank überhaupt gegründet werden mußte, kurz: den selbstverwalteten Betrieben und Projekten. Ausgerechnet hier aber soll ja gefördert werden. Und fördern kann die Öko-Bank nur, indem sie die risikoreicheren Kredite zu billigeren Zinssätzen gewährt. Alles das aber, was an dieser Stelle positiv getan wird, geht dem Gesamtertrag und damit dem Ertrag des einzelnen Genossenschaftlers verloren. Ich denke, daß hier ein Interessenskonflikt mit potentiell gravierenden Auswirkungen angelegt ist. Solange jedenfalls, wie der Ertrag des Eigenkapitals nicht eindeutig festgelegt ist. Ich gehe davon aus, daß die Treugeber ihre Ökobank-Anteile deshalb zeichnen, um den Prozeß

der Entwicklung einer selbstverwalteten und ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaft als Basis einer neuorientierten Gesellschaft zu befördern und nicht aus dem Grund sog. "venture capital" möglichst effektiv für sich arbeiten zu lassen.

Ich denke also, daß es einen Beschluß geben könnte, der die Verwendung der Erträge der Öko-Bank für verbilligte Zinsen an selbstverwaltete Betriebe oder gar Zuschüsse an soziale und kulturelle Projekte festschreibt. Meine Frage also an die Experten: läßt sich nach dem Genossenschaftsgesetz die Entnahme von Gewinnen schon in der Satzung ausschließen? Oder an welcher Stelle ist ein solcher Erlaß sonst zulässig? Und - falls es da rechtliche Schranken geben sollte: kann man dann wenigstens die Höhe der Eigenkapitalverzinsung festlegen und wie macht man das? Meine Frage an die Vereinsmitglieder: wie steht ihr zu dem Problem? Und denkt dabei nicht nur an die Treugeber, die ihre Solidarität mit einem 100-Mark-Anteil bekundet haben - die 5,--DM pro Jahr, die ihnen an Zinsen verloren gehen, werden sicher niemandem zum Problem. Was aber wollen die, die 5.000,- DM und mehr auf das Treuhandkonto eingezahlt haben?

Karl Bergmann

Aus Wandelsblatt Nr. 3 (Dezember 1984, Seite 10)

Leserinnenbrief zur Michael Berger über den Berliner Selbsthilfekongress

Wenn die eine oder andere Organisation ein drittklassiges Fußballspiel veranstaltet und zur Hebung der Attraktivität dann einige auswärtige Stars rankarrt, die Zuschauer dann aber nicht, wie gedacht, in der Südkurve, für Atmosphäre und medienfreundliche Buntheit sorgen -, dann sind die Veranstalter sauer. Wenn dann diese Zuschauer auch noch stellvertretend für die nicht eingeladenen Massen (die ja meistens ziemlich unbekannt sind) stehen sollen und genau das nicht wollen, sind nicht nur der Trainer und der Masseur sauer, sondern sicher auch die PR-Abteilung.

Anders gesagt: Wenn gegen die Konzeption einer Veranstaltung massive politische Einwände nicht berücksichtigt werden, sondern fröhlich verkündet wird, die habe man ja glatt abgebügelt, warum zum Teufel, sollten wir dann auf so eine Veranstaltung gehen? Auch wenn dir, Michael, die Sichtweise lieb geworden ist, daß jegliche Konflikte in dieser Stadt nur den zwischen Netzwerk und Stattwerke zur Grundlage haben, solltest du dir mal klarmachen, daß jedes Projekt für sich und einige zusammen (der ominöse Landkreis), entscheidet, welcher Auftritt wo angesagt ist. So mag es für dich wichtig und angenehm sein, die Akzeptanz, die unsere Betriebe bei irgendwelchen Politikern genießen, dir in blumigen Worten verbrämen zu lassen. Und du kannst es auch beklagen, daß es ungeheuer viele Betriebe nicht interessiert, welche tiefschürfenden Gedanken in Politikerköpfen zu Selbstverwaltung und Selbsthilfe herumspuken.

Aber halte uns doch nicht für blöd, daß wir genau die betriebsinternen Probleme und gar die Frage nach einer gemeinsamen politischen Strategie mit denen erörtern. Das mag ja nun borniert klingen, seis drum, das haben wir nun wirklich nicht nötig. Und auch nicht nötig haben wir, noch selbst daran mitzuwirken, wie unsere Arbeit und unsere Ideen umgewendet werden, und unter Beteiligung der Wissenschaft zu Konzepten zur sozialen Befriedung und Integration ins System verkommen. Und da wir - auch aus anderen Erfahrungen hoffentlich ein bißchen klüger geworden sind -, werden wir uns auch weiterhin das Spielfeld und auch die Mannschaft, gegen die wir antreten, aussuchen.

Monika

P.S. Und was ein Nobel-Kollektiv ist, hätte ich auch noch gerne von dir gewußt.

Hessen:

Das 7-Millionen-Ding geplatzt

Nach 9 Monaten Verhandlungen hätte es jetzt soweit sein können: die im Haushalt '84 zwischen GRÜNEN und SPD vereinbarten 7 Millionen Mark "zur Förderung selbstverwalteter gewerblicher Betriebe auf genossenschaftlicher Basis" (Programm-Titel) waren auszahlungsreif, die ersten Anträge standen zur Beratung an, als am 21.11.84 in einer Presseerklärung die GRÜNEN die Zusammenarbeit mit der SPD für beendet erklärten. Und das Ende dieser Zusammenarbeit bedeutet vermutlich auch das Ende des Programms.



Auch seine Gebete wurden nicht erhört, die 7 Mio. sind futsch - Fotonachweis: Zündsatz Heidelberg

Die fundamentalen Kritiker halten sich den Bauch vor Lachen. Erst haben sich die Befürworter einer Zusammenarbeit an die SPD verkauft (und dazu noch viel zu billig), dann wurde aus dem als Zuschußprogramm verstandenen Haushaltstitel - befürwortet von den Realisten in der hessischen Staatsknete-Kommission - unter der Hand ein "ganz normales Wirtschaftsförderungsprogramm" und am Schluß bleibt überhaupt nichts mehr übrig. Viel Lärm um nichts und sehr viel Streß, Ärger und Arbeit für die Katz' ...nein, das Lachen können wir tatsächlich nicht übelnehmen, schließlich hat man uns ja gewarnt.

Es ist auch gar nicht die Frage, irgendwem was übelzunehmen - das war es nie -, sondern die Konsequenz unterschiedlicher Einschätzungen, Einschätzungen davon, was notwendig, wünschenswert und unter den gegebenen politischen Verhältnissen realisierbar ist. Von diesen Einschätzungen hängt die Bewertung der Kooperation zwischen GRÜNEN und SPD und der Ergebnisse dieser Kooperation ebenso ab wie die Bewertung von Erfolg oder Mißerfolg bei der Arbeit am Programm.

Um es gleich vorwegzunehmen: wir sehen keinen Grund zum Jammern, halten die Resultate unserer Arbeit für vorzeigbar, finden, daß "nebenher" ganz schön viel entstanden ist, und harren gespannt der weiteren Entwicklung der Dinge.

Chronologie der Entwicklung

Ein chronologischer Abriß der Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Programm kann diese Haltung verständlich machen.

Die Hessen-Grünen standen nach den Landtagsneuwahlen im Vorjahr politisch erheblich unter Druck. Der Wählerwille zielte eindeutig auf rot-grüne Zusammenarbeit, der rechte SPD-Flügel (Gewerkschaften) hätte dennoch am liebsten die große Koalition gesehen, CDU-Wallmann hatte die Arme auch schon weit aufgemacht zur tödlichen Umarmung und die GRÜNEN waren konfrontiert mit dem Vorwurf der Verweigerung und Politik-Unfähigkeit.

Willy Brandt läutete die neue Entwicklung ein, indem er noch in der Wahlnacht den Begriff der "Mehrheit diesseits der CDU" prägte. "Dachlatten-Börner" zog nach und fraß die Kreide gleich pfundweise.

So kam es - für die GRÜNEN eher überraschend - tatsächlich zu "Gesprächen", in denen die Basis einer möglichen Kooperation (Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch Verabschieden des Haushaltes und Wahl des Ministerpräsidenten) gefunden werden sollte. In dieser Situation war es für die GRÜNEN logisch, die eigene Position möglichst effektiv umzusetzen, d.h. nicht nur die Fortsetzung der menschen- und umweltfeindlichen Politik im Haushalt abzuschwächen oder - wo möglich - zu verhindern, sondern zusätzlich eigene richtungsweisende Akzente zu setzen.

So entstanden eine Reihe von Programmen und Haushaltstiteln und so entstand - auf die Schnelle - auch das 7-Mio-Programm für die selbstverwalteten Betriebe.

Irgendwie hat das keiner von uns so recht begriffen, was da eigentlich passierte. Es gab mal einen eher unverbindlichen Termin in den von den GRÜNEN frisch bezogenen Räumen im Landeshaus in Wiesbaden, wo neben den beiden zuständigen GRÜNEN auch 5 zusammengetrommelte Mitglieder aus Frankfurter Betrieben um den runden Tisch zusammensaßen. Da wurde noch vage beratschlagt, für welche Zwecke man die 7 Mio denn überhaupt einsetzen könne... und zwei Wochen später waren wir 'dann mit einem Programm konfrontiert, das unter dem Obertitel "Jugendarbeitslosigkeit" die 7 Mio an die Schaffung von 150 neuen Arbeitsplätzen und 100 neuen Ausbildungsplätzen knüpfte.

Also Selbstverwaltung wieder mal nur der verlängerte Arm der Jugendhilfe in der Kompetenz des Sozialministeriums? Und 250 neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze mitten hinein in die Situation sich verschärfender Markteng und Konkurrenz der vorhandenen selbstverwalteten Betriebe untereinander?

Uns ist es kalt über den Rücken gelaufen. "Ausgetrickst" haben wir gedacht, und "typisch": da werden von der SPD 7 Mio zugestanden und dann hinterher die ganze Sache so rumgedreht, daß sie nicht das bringt, was wir brauchen, sondern das, was im Rahmen der ganz normalen Sozialpolitik eh gemacht worden wäre.

Verbandsgründung

Es gab schon seit mehreren Monaten Überlegungen dahin, eine organisierte Form unserer Vernetzung herzustellen, einen Verband zu gründen. Bisher waren diese Überlegungen an grundsätzlichen Erwägungen gescheitert. Vereinsmeierei, brauchen wir doch überhaupt nicht, unüberschaubar bleiben, small is beautiful, die Macht, die da geschaffen wird, da steht doch sowieso keiner dahinter, usw., usw.

Nach diesen ersten Wiesbadener Erfahrungen haben wir uns nicht mehr verunsichern lassen. Eine Satzung wurde vorbereitet, eine Gründungsversammlung einberufen und am 3.12.83 wurde von immerhin 19 Betrieben der erste Regionalverband selbstverwalteter Betriebe in Hessen gegründet.

Eine Notlösung? Wir haben bei der Definition des Verbandzwecks sehr darauf geachtet, daß es sich hier nicht nur "um die Kohle" dreht, wir haben bei der Satzung ebenso sehr darauf geachtet, daß keine "normalen" Vorstands-Macht-Strukturen entstehen und sind mit dem Resultat nach wie vor zufrieden: entscheiden kann nur die Mitgliederversammlung, die mindestens einmal im Monat zusammentritt. Die hauptamtliche Stelle im Verbandsbüro rotiert und ist zu besetzen durch ein dafür frei- gestelltes Mitglied eines Mitgliedsbetriebs. Abgehobene Funktionäre können nicht entstehen, da das Büro auf klar begrenzte Funktionen beschränkt ist, d.h. keine eigen- ständige Politik machen kann: die politischen Entscheidungen fallen in der Mitgliederversammlung und werden vorbereitet in ehrenamtlicher Arbeit von den im Verband Aktivsten bzw. den am Verband Interessiertesten.

Der Einzugsbereich des Verbandes blieb regional begrenzt - die Arbeit im Verband wurde damit zum Vehikel gegenseitigen Kennenlernens der beteiligten Betriebe, zum

Vehikel verstärkter Vernetzung.

Staatsknete-Kommission

Wir hatten uns noch nicht mal richtig zusammengerauft, als die äußeren Umstände uns wieder einen Schritt vorwärts trieben. Die GRÜNEN hatten begonnen, in Hessen herumzutelefonieren und die Betriebe aufzufordern, beim Ministerium ihre Anträge einzureichen.

Das war aber genau das, was wir mit der Verbandsgründung hatten verhindern wollen: daß es zu unmittelbaren Kontakten zwischen Ministerium und Einzelbetrieben kommen könnte, die - so unsere Einschätzung - in diesem unmittelbaren Kontakt kaum eine Chance hätten, ihre Autonomie zu bewahren.

In aller Eile haben wir also ein hessenweites Treffen der Betriebe einberufen, bei dem wir gemeinsam die Situation beraten haben und aus dem dann die sog. 12-er-Kommission entstand. Je 3 Vertreter(innen) aus Süd-, Mittel- und Nordhessen sowie 3 Vertreterinnen der autonomen Frauenprojekte bildeten diese Kommission. Die Einzelpersonen sind in ihren Regionen gewählt worden; die 12-er-Kommission war damit legitimiert, im Namen der Gesamtheit der hessischen Betriebe zu sprechen.

Der Rest war relativ einfach. Die GRÜNEN hatten selbstverständlich keine Schwierigkeiten damit, diese 12-er-Kommission autonom verhandeln zu lassen und zogen sich weitgehend aus dem Verhandlungsprozeß heraus. Und auch die beteiligten Ministerien (nach unserem ausdrücklichen Wunsch unter Federführung des Wirtschaftsministeriums) mußten uns daraufhin als autorisierte Verhandlungspartner akzeptieren.

Interne Querelen

Die Hauptschwierigkeiten ergaben sich aus den unterschiedlichen Einschätzungen in Bezug auf das, was mit diesem Programm zu erreichen sei. Einigkeit herrschte weitgehend darüber, daß es weniger um eine Ausdehnung der Betriebe gehen könne als vielmehr um eine Konsolidierung. Das Motto etwa wie folgt: keine neuen Arbeitsplätze, solange die vorhandenen "schwarzen" nicht konsolidiert, in "weiße" umgewandelt sind.

Die Unterschiede lagen im Grundsätzlichen. Die Mittel- und Nordhessen und auch die Frauen hätten die Mittel gerne auch den sozialen und kulturellen Projekten und nicht nur den Betrieben zukommen lassen. Sie bestanden außerdem auf möglichst hohen "verlorenen Zuschüssen" in Form von Zuschüssen bei Investitionen und in Form von Personalkostenzuschüssen .

Die Position in Südhessen dazu war, daß a) die sozialen Projekte in diesem Programm auf gar keinen Fall eine Chance haben könnten (dazu hätte man das Programm beim Sozialministerium und nicht ausgerechnet beim Wirtschaftsministerium fahren müssen) und daß b) überzogene Forderungen bei Investitionszuschüssen und

Personalkostenzuschüssen sofort zu einem Aufstand der Handwerkskammer und ihrer Lobby in CDU und FDP führen müsse, daß mit Gegenreaktionen zu rechnen sei und leicht eine prekäre Situation für die hessischen selbstverwalteten Betriebe entstehen könnte.

Abgesehen davon - so unsere Einschätzung - würde ein Richtlinienentwurf mit zu weitreichenden Formulierungen in diesen beiden Punkten spätestens bei der EG scheitern, bei der alle diese Programme "notifiziert" werden müssen.

Die EG legt fest, in welchen Gebieten überdurchschnittlich hoch gefördert werden darf, darüber hinaus ist das Ministerium gebunden an den sogenannten "Gleichbehandlungsgrundsatz".

Es kann auch - unser drittes Argument - nicht unser Interesse sein, diesen Gleichbehandlungsgrundsatz zu unterlaufen. Jahrelang haben wir uns politisch darauf berufen, haben damit argumentiert, daß selbstverwaltete Betriebe im Vergleich zum Handwerk benachteiligt werden im Zugang zu Förderung und Krediten. Wir haben Gleichbehandlung eingeklagt und machen uns unglaublich, wenn wir - kaum daß wir mal an der Verhandlungsmacht geschnuppert haben - so tun, als ginge uns unser Geschwätz von gestern schon nichts mehr an.

Diese Unterschiede der Einschätzungen davon, was machbar und wünschenswert sei, führten in den letzten Monaten zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten in der 12-er-Kommission. Sie sind dafür verantwortlich, daß sich der Prozeß der Verhandlungen so lange hinzog und daß wir nunmehr einfach zu spät dran sind: das Haushaltsjahr '84 ist am 5. Dezember zu Ende und zu diesem Termin kann die EG-Zustimmung nicht mehr erfolgen, geschweige denn ein einziger Antragbewilligt sein.

Die Rolle der SPD/der Ministerien

Daß es knapp werden würde mit der Zeit, war uns schon lange klar. Unter der Voraussetzung der fortgeführten Kooperation zwischen GRÜNEN und SPD hätte dies aber nicht unbedingt negative Folgen haben müssen. Die SPD hat das Programm schon lange auch zu ihrem gemacht. Längst benutzt sie es in der öffentlichen Darstellung als einen Punkt, ihr neues Profil deutlich zu machen. Und sie hat es auch nicht bei schönen Reden gelassen. Im Haushaltsentwurf '85 der SPD ist das Programm in verbesserter Form (d.h. einer Form, aus der sich mehr machen läßt) wieder enthalten. Auch in den direkten Verhandlungen hatten wir nicht den Eindruck, als werde auf SPD- und Ministeriumsseite blockiert. Unsere Argumente wurden offen aufgenommen und haben in den Richtlinien ihren Niederschlag gefunden. So konnten wir davon ausgehen, daß die Mittel aus '84 in den '85er Haushalt übertragen würden und hätten dann im Januar mit der Verteilung von 14 Mio begonnen. Dies ist durch die Aufkündigung des Bündnisses mehr als nur infrage gestellt. Sollte die Landesdelegierten-Versammlung der GRÜNEN die Entscheidung der Landtagsfraktion bestätigen, wird es spannend. Dann wird die SPD zeigen müssen, ob sie wirklich hinter dem 7-Mio-Programm steht, das heißt, sich positiv hinter die Entwicklung einer

selbstverwalteten Wirtschaft stellt, oder ob nur opportunistisch dahergeredet und billiger Stimmenfang betrieben wurde. Besonders pikant wird die Situation dadurch, daß die FDP - bekanntlich nicht sonderlich gehemmt, wenn es darum geht, irgendwo Macht und Pöstchen abzustauben - schon angekündigt hat, sie werde bei Aussteigen der GRÜNEN den Haushalt mit der SPD zusammen verabschieden. Wichtigste Bedingung dafür: das 7-Mio-Programm für "die Alternativen" müsse fallen!!

Die Haltung der Betriebe

Mich hat gefreut, daß in allen Veranstaltungen seit der Entscheidung der GRÜNEN diese Entscheidung von den Betrieben mitgetragen wurde. Irgendwelcher Druck auf die GRÜNEN auf Revision ihrer Entscheidung zugunsten der 14 Mio Mark wäre sicher mehr als peinlich gewesen. Die Einmütigkeit aber, mit der bei uns noch nicht mal im Ansatz irgendwelche Erwägungen dieser Art angestellt wurden, hat mich doch überrascht. Diesen hohen Grad politischer Sensibilität bei den Betrieben hätte ich nicht erwartet.

Es wird unsere Aufgabe sein, dort weiterzumachen, wo die GRÜNEN aufhören müssen.

Die SPD ist nach wie vor aufgefordert, die 7 Mio aus dem '84er Haushalt zu übertragen und den Haushaltsansatz für '85 aufrechtzuerhalten.

FDP und CDU werden in öffentlichen Diskussionen ihren Vorwurf der Steuerverschwendung begründen müssen. Sie werden erklären müssen, wieso selbstverwaltete Betriebe nicht nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz behandelt werden sollen. Eine erste Podiumsdiskussion in den Räumen der IHK versucht der südhessische Verband gerade zu organisieren.

Einschätzung

Wir haben nicht "für die Katz" gearbeitet. Zwischen dem Stand der Dinge in Hessen vor einem Jahr und dem heute liegen Welten.

Vor einem Jahr konnte von Vernetzung noch nicht mal im südhessischen Raum die Rede sein. Man kannte sich kaum, die wildesten Gerüchte waren im Umlauf. Außerhalb der eigenen Stadt und der engsten Region gab es überhaupt keine Kontakte. Es gab überhaupt keine Möglichkeit zur gemeinsamen Diskussion und keine Kenntnis über den gegenseitigen Diskussionsstand.

Demgegenüber - und das sag' ich trotz aller Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten untereinander - ist die Selbstverwaltung in Hessen heute hervorragend organisiert und kollektiv handlungsfähig.

Es gibt den südhessischen und den nordhessischen Verband mit mittlerweile fast freundschaftlichen Gefühlen füreinander. Es gibt von beiden Seiten gute Kontakte nach Mittelhessen.

Es gibt eine fortgeschrittene Diskussion um die zielgerichtete Weiterentwicklung der

Selbstverwaltung und die Errichtung der Instrumente dazu (Kreditgarantiegemeinschaften, Öko-Bank). Wir haben in den Verhandlungen durchsetzen können, daß nichts an uns vorbei geht. Die gesamte Antragsbearbeitung hätte nach dem letzten Verhandlungsstand bei uns gelegen und die Bewilligungskommission wäre nur zur Hälfte mit unseren Vertretern besetzt gewesen. Keine Mauschelei, keine Ungerechtigkeit hätte eintreten können, die nicht sofort öffentlich diskutiert worden wäre.

Intern hatten wir uns geeinigt, die notwendigen Diskussionen und Entscheidungsprozesse unter uns zu führen und den Ministerialen gegenüber geschlossen aufzutreten. Wir hatten uns weiter geeinigt, bis Ende Januar erst mal alle Anträge zu sammeln und erst nach Prüfung der gesamten Antragssumme irgendeinen Antrag zu bewilligen; d.h. Ellenbogenpolitik einzelner Betriebe nach dem Motto: "Wer zuerst kommt und unverschämt genug ist, kriegt auch zuerst und kriegt das meiste" , wäre verhindert worden.

Ich finde diese Entwicklungen so wichtig, daß bei mir nicht eine Spur des Gefühls auftaucht, "umsonst" gearbeitet zu haben.

Wir werden die vorhandenen Strukturen nutzen, uns autonome Finanzquellen zu erschließen; wir werden die bevorstehenden Kommunalwahlen in Hessen zum Schwerpunkt unserer Diskussionen machen und auch auf dieser Ebene versuchen, Einfluß auf wirtschaftliche Entwicklungsprogramme zu nehmen.

Und alle werden feststellen, wie weit die bei den Verhandlungen entstandenen Kontakte zu Ministerialen und ähnlicher Einrichtungen nicht dazu genutzt werden können, auch selbstverwalteten Betrieben den Weg freizumachen zu Landesbürgschaften und (damit) ERP-Darlehen.

Schade bleibt, daß wir den Prozeß der Programmentwicklung nun nicht weitertreiben können. Auch wir waren nie davon ausgegangen, optimale Ergebnisse erarbeitet zu haben. Für uns waren die erarbeiteten Richtlinien ein Instrument, das in der konkreten Anwendung hätte überprüft und optimal verändert werden sollen.

Daß wir da jetzt nicht weitermachen können, bedauern wir, aber wenn das die einzige bittere Pille bleibt, die geschluckt werden muß...

Karl Bergmann

Handelsblatt alternativ?

"Markenpiraterie" lautete vor kurzem das Thema eines vom Handelsblatt mitgetragenen Forums. Jetzt haben statt der meist in Fernost vermuteten Dunkelmänner die deutschen "Alternativen" eine Anleihe bei dem Zeitungstitel selbst gemacht. Was das Handelsblatt für die etablierte Wirtschaft ist, soll das Wandelsblatt für die alternativen, die selbstverwalteten Betriebe sein. Aus dem H wurde ein, selbstverständlich grünes, W.



Objektleiter Reinhard Metz sieht's mit einem lachenden und einem weinenden Auge: "Wir freuen uns ja, daß die Wirtschaftsinformation aus dem Handelsblatt auch bei den Alternativen so gefragt ist, daß man sich an unseren Titel anhängen möchte. Als einmalige Wortspielerei könnte man darüber auch schmunzeln. Das aber eine monatliche Herausgabe des Titelplagats vorgesehen ist, geht wohl doch etwas zu weit. Initiator der alternativen Wirtschaftszeitung ist die Interessengemeinschaft für Selbstverwaltung im hessischen Oberursel, Vertreiber ist die Frankfurter Krebismühle-Druckerei.

Alle publizistischen Bemühungen der Selbstverwaltungen in Ehren, eine solch enge Anlehnung des Titels "in Wort und Schrift" dient keiner der beiden Publikationen. Abgesehen davon sind Titelvariationen zum Thema Handelsblatt nichts neues. Bereits 1970 hat sich der Verlag diesen Spaß selbst erlaubt und seinen Karikaturisten bemüht. In dieser Rubrik sollten solche Bemühungen aber auch bleiben.

Kontakt: Claus Harndorf, Tel. 0211/83 88 549.

IN EIGENER SACHE

Nach Aussage g.g.u. Kreise erwägt ein "Handelsblatt" eine einstweilige Verfügung gegen das WANDELSBLATT zu erwirken und den Streitwert auf 500.000 DM festzusetzen. Der Grund: Das WANDELSBLATT habe sich im Titel "in Wort und Schrift" zu ("solch") eng an jenes "Handelsblatt" angelehnt. Wir möchten euch die bisher vorhandenen Unterlagen nicht vorenthalten und beschäftigen uns mit der Sache in einem Kommentar. Nur eines verstehen wir nicht: wer oder was ist eigentlich das "Handelsblatt"?

Der Kommentar

Gott, wie haben wir wieder geschmunzelt. Aber die alternativen Dunkelmänner können es ja nicht bei einer einmaligen Wortspielerei belassen, nein, sie kriegen nie genug, gleich monatlich ist sie vorgesehen, die "Herausgabe des Titelplagiats".

Da müssen ihm ja die Tränen kommen, dem Objektleiter Metz, und da hilft dann auch die sonstige Verehrung publizierender Bemühungen nichts mehr: was zu weit geht, geht eben zu weit ("wohl doch etwas").

"Markenpiraterie" hat was Romantisches. Man denkt an Errol Flynn und die englischen Kaper-Helden, an Asphalt-Cowboys und Stadtindianer. Aber selbst diese subversiven Sehnsüchte kriegen ihr Fett ab: Alter Hut! Schon 1970 haben wir uns selbst den Spaß erlaubt. Und dann die Bilder: Man sieht die Bemühungen, des Karikaturisten (aus Platzmangel nicht abgedruckt!) und ist erschüttert - nein, wenn das WANDELSBLATT ein ähnlich müder Witz ist, will ich damit auch nichts mehr zu tun haben.

Dabei zeigt gerade die Gegenüberstellung der beiden Titelseiten, wie konstruktiv die

Zusammenarbeit sich hätte gestalten können. Nicht die lächerlichen Äußerlichkeiten - die Inhalte zählen. Und da steht schwarz auf weiß auf der einen Seite; "Alle wußten, wohin die Spenden geflossen sind" und auf der anderen Seite wird verkündet, daß die Öko-Bank nun endlich gegründet werden kann! Wenn das nicht paßt?

K.B.

Noch ne Zeitung!

Die fünf im Verbund Selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier zusammengeschlossenen Betriebe haben soeben die erste Ausgabe des Rundbriefes vupAKTUELL herausgebracht. Er soll alle 2 bis 3 Monate erscheinen und hat folgende Schwerpunkte:

- ☛ Informationen über Papier und Umwelt
- ☛ Diskussionsansätze und Entwicklungen im Umfeld der Selbstverwalteten Betriebe auch über den vup-Verbund hinaus
- ☛ Mitteilungen über neue Produkte, Sonderangebote u.ä.

vupAKTUELL, Nr. 1 ist gegen -,80 DM in Briefmarken für Rückporto bei den vup-Betrieben erhältlich: VUP, Gaußstr. 19, 2 Hamburg 50, J. Trauth, Dorfstr. 18, 5448 Roth, Blätterwald eG, Niederurseler Str.7 6370 Oberursel 5 UWS Papier und Druck, Am Schattenwald 67 a, 7 Stuttgart 80 Papyrus, Riedinger Str. 24, 89 Augsburg

Dabei sein war alles

Eine kleine Anzeige im Wandelsblatt Nr. 1 versprach Interessantes:

Vielversprechend vor allem erschien die gelungene Kombination aus dem vorgegebenen Thema und dem Veranstalter, dem Arbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK, dem "dieser ganze Bereich weiterhin zu wichtig ist, um ihn allein theoriefeindlichen Praktikern, bzw. praxislosen 'AÖ-Gurus' zu überlassen...". Auch die selbstgestellte Aufgabe, "ein Durchlauferhitzer zu sein, d.h. Leute machen in der Mitarbeit in Projekten Erfahrungen, z.T. über eine ganz andere Lebenswelt... wenn das gut aufgearbeitet wird, so sind das Erfahrungen, die später in der Mitarbeit in anderen Gruppen ganz wichtig sind...", eine für unsere Betriebe zweifellos nicht zu unterschätzende Funktion, machte unsere Teilnahme geradezu selbstverständlich. Auch wenn die Terminierung nicht gerade projektfreundlich aussah, war unserem "Kooperationsbetrieb" (3 Betriebe mit zusammen ca. 100 Leuten) das Thema so wichtig, daß wir beschlossen, mit 6 Leuten anzurücken. Erwartungsfroh besuchten wir am Freitag die erste Veranstaltung, es ging um den legendären Mehringhof in Berlin. Ein riesiger, wunderschöner Gebäudekomplex, den ca. 30 Projekte ihre Heimstatt nennen.

Wunderbar, viele Fragen kommen mir in den Kopf - wie läuft das bei euch mit den Löhnen, mit den Kindern, den gegenseitigen Ökonomischen Abhängigkeiten, mit den politischen Ansprüchen...? Die Antworten kommen etwas gereizt - was sollen diese Fragen? Ich bin etwas verunsichert, bin ich versehentlich falsch hier? Kann aber eigentlich nicht sein, ich kenn doch einige Leute hier, die wegen dem selben Seminar da sind. Na, vielleicht hab ich der Diskussion ein bißchen vorgegriffen, hab' schließlich die Vorbereitung nicht mitgekriegt. Geduld, kommt schon noch. Kommt aber nicht. Erneuter Versuch: wie geht ihr denn damit um, wenn auf einer Etage mit verschiedenen Kollektiven möglicherweise völlig unterschiedliche Löhne bezahlt werden können, weil es dem einen Kollektiv gut und dem anderen schlecht geht? Die Reaktion ist wieder gereizt: wir sind doch hier kein Kooperationsprojekt, wir haben doch nie einen politischen Anspruch an das Zusammenleben der Projekte im Mehringhof gestellt, und das wird sich wahrscheinlich auch nicht ändern... Denk ich mir noch etwas mehr verunsichert: ja, woher soll ich denn das wissen, muß einem ja schließlich gesagt werden. Ich will ja mit meinem Interesse an verschiedenen Fragestellungen niemanden provozieren...

Dann fällt mir wieder obige Anzeige ein und ich komm ein bißchen ins Schleudern: da gings doch aber um Kooperationsprojekte, oder hab ich falsch gelesen? Programm find ich keins, also noch mal 'n Blick ins Wandelsblatt: nö, hab schon richtig gelesen, Was 'n hier kaputt? Ich blicks nicht mehr ganz, aber es gibt ja gleich Mittagessen. Danach soll es weitergehen mit einem Besuch bei der UFA-Fabrikkommune mit anschließender Diskussion, abends lockeres Beisammensein.

Grundsätzlich keine dumme Idee, aber die UFA-Fabrik ist doch - nach eigenem Selbstverständnis - auch kein Kooperationsprojekt. Wirklich eine äußerst merkwürdige Art, sich an das gestellte Thema heranzutasten, denkt sich da mein mittlerweile etwas durcheinandergeratenes Köpfchen. Aber wer weiß denn schon so genau, wie ein Durchlauferhitzer innen funktioniert, solange unten noch heißes Wasser rauskommt? Irgendwann muß der Gag ja mal kommen. Um es gleich vorwegzunehmen, an diesem Tag kam er nicht, und auch am nächsten ging es über die Darstellung des Zusammenschlusses verschiedener Berliner Technik-Kollektive nicht hinaus. Allerdings, und das sei hier nicht verschwiegen, bekam das Seminar nun langsam inhaltlich eine durchschaubare Struktur.

Auch die letzte Zusammenkunft am Sonntag hatte mit den angekündigten Themen nichts zu tun. Und selbst das von Insidern mit Schaudern erwartete Fest am Samstagabend bei den Stattwerken konnte nicht halten, was es versprach: es gab hervorragende Cocktails, überragende Musik, und eine wie lang nicht mehr, durchtanzte Nacht.

Ganz im Vertrauen: ein an alle Interessierte herumgeschicktes Informationsblättchen mit einer ausführlichen Selbstdarstellung der besprochenen Projekte hätte den gleichen Effekt gehabt und so manche lange Auto- oder sonst wie -fahrt überflüssig gemacht.

Das Thema "kooperative Ansätze in der Alternativökonomie" ist tatsächlich zu wichtig, um es allein von AÖ-Gurus vorbereiten zu lassen.

Ein nicht ganz aber etwas theoriefeindlicher Praktiker aus der Modellfabrik Weißkirchen/Oberursel